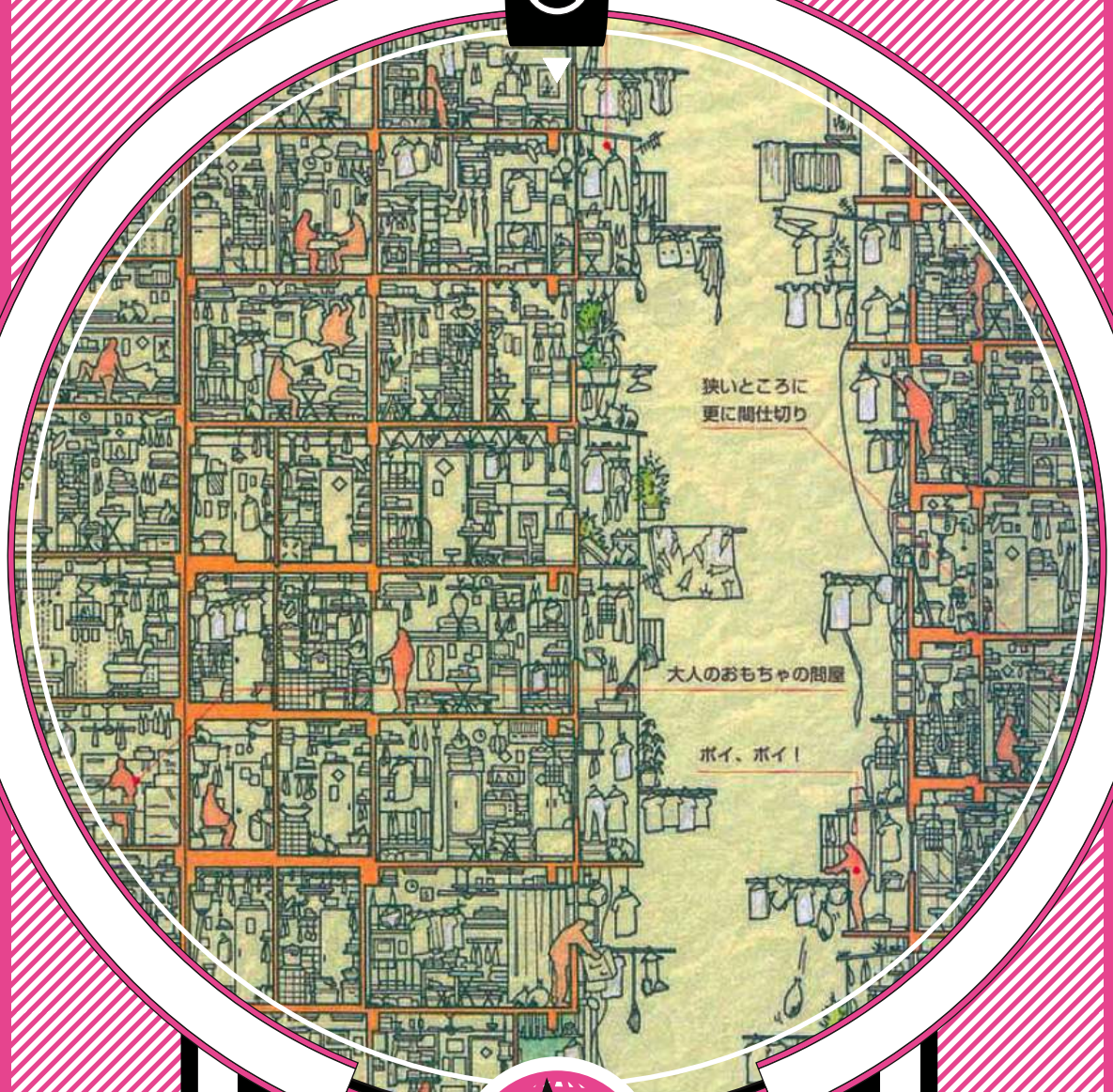
Einen anderen {改道} Weg gehen...

N°86 - 02.2018

GAIDAO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION



FdA - IFA

IN DIESER AUSGABE

Eingemauerte Anarchie - wie 35.000 Menschen ohne Staat lebten
Bericht zum Schauprozess von Ahmed H [Röszke 11] in Szeged (Ungarn)
1917 – Inspirationsquelle oder Forschungsgegenstand? Zu den Gedankensplittern von Jens Störfried

02 [改道] Gai Dào
N°86 - Februar 2018

Editorial

Liebe Leute,

während diese GaiDao-Ausgabe fertig gestellt wird, bombardiert der türkische Staat weiterhin die kurdische Bevölkerung im Kanton Afrin, eines Teils von Rojava in Nordsyrien. In Deutschland erkennt die staatspolitische Seite durch die deutsche "Regierungs"sprecherin Ulrike Demmer den Krieg gegen die Menschen von Afrin als rechtmäßig an mit den Worten, es bestünden „legitime türkische Sicherheitsinteressen an der Grenze zu Syrien“. Andererseits deutet ihn das Auswärtige Amt als „Recht auf Selbstverteidigung“ gegen Angriffe des sogenannten „Islamischen Staates“ um. Beide Aussagen verschleiern die realen Zustände, wie weit und gegen wen sich der Militäreinsatz des türkischen Staats richtet. Derweil wird die militärische Offensive durch YPG und YPJ erfolgreich abgewehrt.
In zahlreichen Städten im deutschsprachigen Raum gab und gibt es Demonstrationen in Solidarität mit den von den mörderischen Angriffen des türkischen Militärs Betroffenen, gegen den Krieg der Türkei und für das Fortbestehen des revolutionären Prozesses Rojavas.
An vielen dieser Demonstrationen beteiligten sich auch anarchistische Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen. Wir haben in dieser GaiDao-Ausgabe den Text eines von mehreren FdA-Gruppen verteilten Flugblattes dokumentiert (“#SaveAfrin” auf Seite 4). An diesem Beispiel wurden eine der Stärken einer anarchistischen Föderierung deutlich: Nachdem die Anarchistische Gruppe Dortmund das Flugblatt schon am 23. Januar fertig gestellt hat, konnten es auch FdA-Gruppen aus anderen Städten nutzen oder als Grundlage für eigene Texte verwenden. So war es möglich, spontan und innerhalb kurzer Zeit unter anderem in Dortmund, Mannheim, Karlsruhe und Frankfurt am Main diese Flugblätter zu verteilen oder auch Redebeiträge zu halten.

Zuletzt möchten wir euch darauf hinweisen, dass die Abo-Aktion der GaiDao weiterläuft: Beim Abschluss eines erstmaligen Normal- oder Soli-Abos der GaiDao mit einer Laufzeit von mindestens 6 Monaten gibt es weiterhin Abo-Prämien in begrenzter Anzahl zur Auswahl.

ma (für die GaiDao-Redaktion)

Impressum:

Herausgeber*innen:	[改道] Gai Dào - Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.:	Gai Dao c/o Alarm e.V. Postfach 10 01 61 77621 Offenburg
Druck und Verlag:	Eigenverlag
Erscheinungsweise:	monatlich
Kontakt:	redaktion-gaidao@riseup.net

ÜBER UNS

[改道] Gai Dào ist die monatliche Zeitschrift der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA).

Sie versteht sich trotzdem als autonomes Projekt, das auch Menschen, Gruppen und Strukturen offensteht, die kein Mitglied der FdA sind, sofern sie die Ideen des Anarchismus und die Prinzipien der FdA unterstützen, gerne auch solidarisch-kritisch.

Die [改道] Gai Dào bietet einen monatichen Querschnitt von Theorie und Praxis der anarchistischen und ihr nahestehender Bewegungen auf lokaler und besonders auf internationaler Ebene.

Dabei versteht sich [改道] Gai Dào als explizit pluralistisches Medium, das Raum für verschiedene anarchistische Strömungen bietet, sowie darüber hinaus allen, die sich für eine Überwindung der bestehenden Verhältnisse, hin zu einer befreiten Gesellschaft einsetzen.

Wir freuen uns immer über Artikel, Rezensionen, Gedichte, Aufrufe, Fotos oder Zeichnungen. Besonders freuen wir uns über Menschen, die dauerhaft an der Gaidao mitarbeiten wollen, sei es als regelmäßige*r Autor*in, Übersetzer*in oder im Layout.

Wir behalten uns natürlich vor, zugesandte Beiträge nicht zu veröffentlichen, die unseren Prinzipen im Besonderen und die des Anarchismus im Allgemeinen entgegenstehen oder diese unsolidarisch diffamieren.

Alle Ausgaben unter:
www.fda-ifa.org/gaidao

Inhalt

FdA/IFA

04 *#SaveAfrin*
Gegen die türkische Offensive in Nordsyrien

28 *Nachrichten aus den FdA-Gruppen*

Weltweit

05 *Keine halben Sachen in Österreich*
Widerstand gegen Neofaschist*innen in der Regierung

07 *Bericht zum Schauprozess von Ahmed H. [Röszke 11] am 8., 10. und 12. Januar 2018 in Szeged (Ungarn)*

10 *Shiva Mahbobi (PCOI): „Die Iraner*innen brauchen keine Supermacht, die kommt um sie zu retten“*

Kultur & Alltag

27 *"Verbindung, Verknüpfung, Versammlung"*
Eine Rezension von Bini Adamczaks "Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman"

Analyse & Diskussion

12 *Großbürger kritisiert Kleinbürger, weil dessen Klasse nicht seine Interessen verfolgt*
Zum Kleinbürger-Vorwurf von Marx an Proudhon

17 *1917 – Inspirationsquelle oder Forschungsgegenstand?*
Zu den „Gedankensplittern“ von Jens Störfried

20 *Einige Anmerkungen zur Anarchist Liberation Army*

Geschichte

23 *Eingemauerte Anarchie – wie 35.000 Menschen ohne Staat lebten*

Aufruf

26 *Solidarität mit dem Widerstand vom 31. Mai 2017 in Nürnberg!*

Termine

31 *FdA hautnah*
Regelmäßige Termine der FdA-Mitglieder

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Broschüre solange Eigentum der/des Absender*in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe- Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es der/dem Absender*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Verteiler*in bzw. Absender*in ist nicht identisch mit den Ersteller*innen.

Hinweis zur Sprache:

Das in den Texten verwendete „*innen“ (Gender Gap) soll die Funktion haben, dass nicht nur weiblich oder männlich sozialisierte Menschen beachtet werden, sondern auch Menschen, die sich selbst zwischen bzw. außerhalb der Zweigeschlechtlichkeit verorten.

04 [改道] Gai Dào
N°86 - Februar 2018

#SaveAfrin

Gegen die türkische Militäroffensive in Nordsyrien

★ *Von: Anarchistische Gruppe Dortmund*

Wir sind heute auf der Straße, um gegen den Angriff der türkischen Armee auf den kurdischen Kanton Afrin in Nordsyrien zu protestieren. Afrin ist Teil einer kurdischen Föderation, die sich inmitten der Bürgerkriegswirren im Norden Syriens seit 2013 etablieren konnte. Es leben dort ca. 800.000 Menschen, von denen viele aus anderen Teilen des Landes geflüchtet sind und die jetzt erneut durch Krieg bedroht sind.

Der türkischen Regierung ist es ein Dorn im Auge, dass sich an ihrer Grenze ein kurdisches Selbstverwaltungsgebiet etabliert hat. Sie fürchtet, dies könnte den Autonomiebestrebungen der Kurd*innen innerhalb des eigenen Landes Auftrieb geben, die der türkische Staat seit Jahrzehnten blutig unterdrückt. Darüber hinaus braucht Präsident Erdogan die nationalistische Mobilisierung gegen einen äußeren Feind, um nach innen Kritik an seiner brüchig gewordenen Herrschaft zu ersticken. Er hofft darauf, dass religiöse und säkulare Türk*innen allen Streit vergessen und treu zu „ihrer“ Regierung stehen, sobald es gegen die Kurd*innen geht. Und tatsächlich haben bereits alle relevanten türkischen Oppositionsparteien bis auf die pro-kurdische HDP ihre Unterstützung der Militäroffensive zum Ausdruck gebracht.

Unser Protest richtet sich auch gegen die deutsche Bundesregierung, die das Regime Erdogan unterstützt und gewähren lässt. Sie tut dies, weil sie mit der Türkei einen schmutzigen „Flüchtlingsdeal“ abgeschlossen hat. Dieser soll Menschen von Europa fernhalten, welche dem Elend und den Kriegen entkommen wollen, die der Kapitalismus über ihre Länder brachte. In diesem Zusammenhang hat der Bundes-innenminister dem türkischen Staat vor kurzem den Gefallen getan, die Fahnen der YPG zu verbieten und damit der türkischen Lesart zu folgen, die diese syrisch-kurdische Miliz als „Terrororganisation“ einstuft. In Wirklichkeit war es jedoch eben diese Miliz, die am entschlossensten und erfolgreichsten die Terrorbanden des „Islamischen Staates“ bekämpft hat.

Im Rahmen der Kampagne gegen den IS haben die syrischen Kurd*innen sowohl mit Russland als auch mit den USA kooperiert und von beiden Staaten militärische Unterstützung erhalten. Jetzt, nachdem der IS fast besiegt ist, wurden sie von beiden Mächten im Stich gelassen, die den aktuellen Angriff der Türkei tolerieren. Dies zeigt einmal mehr, dass sich um Befreiung kämpfende Menschen nicht auf die Unterstützung von Staaten oder anderen hierarchischen Mächten verlassen dürfen. Diese mögen ihnen zwar zeitweise helfen, sofern es ihren Interessen nützt; sobald dies nicht mehr der Fall ist, sind solche Mächte jederzeit bereit, ihre bisherigen Verbündeten fallen zu lassen.

Wirkliche Befreiung kann nur durch ein Bündnis von Unterdrückten aller Länder erreicht werden, die sich gegen jede Form der Herrschaft und Ausbeutung zur Wehr setzen und damit per se den Interessen der unterdrückenden Mächte widersprechen. Nur eine solche Bewegung könnte eine Welt schaffen, in der alle ohne Angst verschieden sein können.

★★★

Anarchistische Gruppe Dortmund, im Januar 2018

Keine halben Sachen mehr in Österreich

Bis zu 70.000 Menschen beteiligten sich am 13. Januar an der zweiten Großdemonstration gegen die neue rechte Regierung in Österreich. Grund genug, einen Überblick zu geben: Über die Entwicklungen in einem Land, das bei der Integration der Neofaschist*innen in den Staatsapparat schon seit Jahrzehnten eine Vorreiterrolle innehat

★ *Von: Ben*

Auf direktem Wege zu Schwarz-Blau

Der Weg des Sebastian Kurz zur Kanzlerschaft in Österreich verlief nicht steinig. Im Gegenteil: Es verlief so ziemlich alles nach Plan. Nachdem die Große Koalition und mit ihr sein Vorgänger als Chef der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) in der öffentlichen Wahrnehmung am Ende waren, übernahm er die Partei und baute sie (zumindest oberflächlich) zu einem auf seine Person zugeschnittenen Wahlverein um. Die Macht der Interessens- und Landesverbände, die die ÖVP ausmachten, wurde zu seinen Gunsten eingeschränkt. Unmittelbar nach seiner Kür zum Parteichef kündigte er die Koalition mit den Sozialdemokrat*innen auf. In den folgenden Parlamentswahlen im Oktober vergrößerte sich die rechte Mehrheit, die seit dem Verlust der absoluten Mehrheit der Sozialdemokratie in den 1980er Jahren besteht, auf über 57% für ÖVP und FPÖ. Wie allgemein erwartet schlossen die beiden Parteien erfolgreich die Koalitionsverhandlungen ab. Auch der grüne Bundespräsident Alexander van der Bellen legte Schwarz-Blau keine Steine in den Weg. Seit dem 18. Dezember ist die Regierung im Amt.

Die erwähnte Demo am 13. Januar

Ein konsequentes Regierungsprogramm…

Die Pläne von Schwarz-Blau sind, wie das Wiener Arbeiter*innen Syndikat (WAS) feststellt, erwartungsgemäß „durch die Bank gegen unsere Interessen und lediglich zum Vorteil der Besitzenden“[1]. Einen wichtigen Baustein des Regierungsprogramms bilden die geplanten Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung. Die Notstandshilfe, eine Unterstützung für Arbeitslose, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgelaufen ist, die aber vorher in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten, soll abgeschafft werden. Alle über einen längeren Zeitraum Arbeitslosen wären dann „gezwungen, ihre letzten Ersparnisse aufzubrauchen, um sich dann mittellos und ohne den Schutz der in der Arbeitslosenversicherung enthaltenen Rechte beim AMS [der österr. Arbeitsagentur] um Mindestsicherung anzustellen“, also dem österreichischen Gegenstück zum Arbeitslosengeld II.[2] Die Höhe der Mindestsicherung soll zudem künftig mit der Dauer der Arbeitslosigkeit immer weiter sinken. Hartz 4 wird an Barbarei übertroffen. Mit dem gesparten Geld werden die Steuern für Unternehmen gesenkt.

Die Maßnahmen der Regierung richten sich nicht nur gegen Arbeitslose, sondern auch gegen Arbeiter*innen. Die Anordnung von 12-Stunden-Arbeitstagen in Betrieben soll von einer Ausnahme zur Normalität, die Hürden dafür geschliffen werden. Das bedeutet 60 Stunden in der Woche, ohne Überstundenzuschlag. Unter dem Schlagwort ‚Deregulierung‘ soll das Verbot von Lagezuschlägen für Wohnungen abgeschafft werden, welches in den Städten (gerade in Wien) die Mieten auch in zentral gelegenen Stadtteilen einigermaßen leistbar hält.[3] Für Geflüchtete hat sich die Regierung neue Schikanen ausgedacht: Sie sollen bei der Ankunft ihr Handy und Bargeld abgeben und für ihre Unterbringung sind fortan Massenunterkünfte vorgesehen. Das Familienbild der Regierung ist natürlich zutiefst patriarchal, dementsprechend sollen gutverdienende bürgerliche Kleinfamilien finanziell bevorzugt werden. „Die Verschiedenheit von Mann und Frau zu kennen und anzuerkennen“ lautet das neue alte Glaubensbekenntnis.[4]

[1] *Flugblatt „Jetzt hamma den Salat“, verteilt auf der Demo am 13.01.*
[2] *http://www.volksstimme.at/index.php/blog/item/128-eine-kleine-einfuehrung-ins-regierungsprogramm.html, der Artikel bietet insgesamt einen ganz guten Überblick aufs Regierungsprogramm, er stammt aus dem Umfeld der KPÖ.*
[3] *http://lowerclassmag.com/2017/12/diener-ihrer-herren/; von hier stammt auch die Inspiration für den Titel.*
[4] *https://raw.at/texte/2017/gegen-schwarzblau/*

Zudem sollen diejenigen Institutionen, die Widerstand gegen die Maßnahmen leisten oder diesen zumindest unterstützen könnten, geschwächt werden. Der Arbeiterkammer sollen ihre Pflichtbeiträge und damit ihre finanziellen Mittel um 40% gesenkt werden. Diese sozialdemokratisch dominierte gesetzliche Interessenvertretung der Arbeiter*innen und Angestellten bietet unter anderem Arbeitsrechtsberatung an und macht Ansprüche auf nicht oder zu gering gezahlte Löhne vor Gericht für ihre Mitglieder geltend, bisher noch recht erfolgreich.[5] Die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH) soll in ihrem Aufgabenbereich eingeschränkt und von einer Interessenvertretung zu einer Service-Institution zurückgebaut werden. Das

*2.000 Schüler*innen blieben am Tag der Angelobung der Schule fern, um gegen die Regierung zu demonstrieren*

erleichtert die geplante Einführung von Studiengebühren (500€ pro Semester) und schwächt wie nebenbei die außerparlamentarische Linke, die oft von ÖH-Geldern abhängig ist.

… und das richtige Personal, es umzusetzen

Während sich die ÖVP-Minister der Regierung vor allem durch ihre Nähe zum Kanzler auszeichnen, hat es die Besetzung der blauen Ministerien in sich. Unter anderem gehen das Innen- und das Verteidigungsministerium an die FPÖ. Ersteres führt nun mit Kickl der Chefstratege der Partei, ein echter Profi, was rassistische Hetze angeht; zweiteres der steirische FPÖ-Chef Kunasek, ein Mann mit guten Verbindungen zu deutschnationalen Burschenschaftern und Identitären. Die Partei kontrolliert somit den gesamten Sicherheitsapparat der Republik. In die von der FPÖ besetzten Ministerien zieht zudem ein Heer deutschnationaler Burschenschafter in leitende Positionen ein. Im Verkehrsministerium z. B. ständen sich Burschenschafter ob ihrer großen Zahl schon auf den Füßen, kommentiert die linksliberale Wochenzeitung Falter bissig.[6]

Aber auch erster Streit…

Gerade die FPÖ muss fürchten, wie beim letzten Mal Schwarz-Blau durch die Regierungsbeteiligung an Zuspruch zu verlieren. Nicht dass sie bei ihrer rassistischen Politik und Rhetorik Zugeständnisse gegenüber den Konservativen machen müsste. Aber ein Großteil ihrer Wählerschaft ist Teil des Proletariats und daher von der neoliberalen und antisozialen Politik unmittelbar betroffen. Als die Einigung zum 12-Stunden-Tag veröffentlicht wurde, musste sich FPÖ-Chef Strache auf Facebook, wo er sich normalerweise wie ein Fisch im Wasser bewegen kann, viele kritische Kommentare anhören. Und die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung verursachte den ersten Streit in der Koalition. Die blaue Sozialministerin beteuerte öffentlich, das Eigentum von Arbeitslosen werde nicht angefasst – und musste nur einen Tag später wieder zurückrudern. Es ist nicht ausgemacht, dass die Regie-rungsparteien den klar arbeiter*innenfeindlichen Charakter ihrer Politik dauerhaft mit rassistischer Demagogie überdecken werden können.

… und Widerstreit

Der Widerstand ist nun angelaufen. Führte die erste Demo bei der Angelobung der Regierung am 18. Dezember mit einer Beteiligung von 10.000 Menschen noch zu eher verhaltenem Optimismus, war die hohe Beteiligung am 13.01. ein Erfolg. Aber der Widerstand wird einen langen Atem brauchen und sich nicht auf wenige Großdemonstrationen beschränken können. Und Widerstand im Kleinen, im Alltag, das ist schwierig. Das WAS spricht das allgegenwärtige Problem der Vereinzelung an: „Natürlich sollen wir uns vereinzelt und hilflos fühlen. Denn immerhin machen sie Politik für maximal 5% der Menschen. Gemeinsam und solidarisch ist sehr, sehr viel machbar.“ Es bleibt für die Genoss*innen zu hoffen, dass sie recht behalten werden.

[5] *http://kpoe.at/arbeitswelt/gewerkschaft/2017/schwarz-blaue-koalition-will-interessenvertretung-der-lohnabhaengigen-ausschalten*
[6] *FALTER Nr. 1-2/18 vom 10.01.18; https://www.falter.at/archiv/wp/heil-dir-im-ministerium*

Anzeige

Bericht zum Schauprozess von Ahmed H. [Röszke 11] am 8., 10. und 12. Januar 2018 in Szeged (Ungarn)

Am 30. November 2016 wurde Ahmed H. in erster Instanz wegen der Proteste gegen die Grenzschließungen am serbisch-ungarischen Grenzübergang Röszke im September 2015 wegen "Terrorismus" zu zehn Jahren Haft verurteilt. Seit dem 8. Januar 2018 wird der Fall von Ahmed H. im Amtsgericht der südungarischen Stadt Szeged in der Revisionsrunde wieder aufgenommen.

★ *Von: Kampagne You can't evict Solidarity*

Grenzschließung in Röszke. Widerstand. Repression.
Am 15. September 2015 riegelte die ungarische Regierung den zu der Zeit hoch frequentierten serbisch-ungarischen Grenzübergang Röszke auf der Balkanroute mit einem Stacheldraht bewehrten Zaun und massiver Polizeipräsenz ab. Am Folgetag, dem 16. September 2015, kam es zu einem Protest der vielen Menschen, die ihren Weg Richtung Norden fortsetzen wollten und nun festsaßen.

Im Rahmen dieses kollektiven Widerstandes gegen die Abschottung durch den von Ungarn errichteten und von der EU-Politik unterstützten Grenzzaun, wurden elf Personen von der ungarischen Polizei festgenommen und mit dem Vorwurf des „illegalen Grenzübertritts" und „Vandalismus" inhaftiert. Zehn dieser als „Röszke 11" bekannten Angeklagten wurden bereits 2016 zu ein bis drei Jahren Haft verurteilt und sind nun wieder frei. Lediglich Ahmed H., der seine Eltern über die Balkanroute begleiten wollte, jedoch selber bereits seit mehreren Jahren in Zypern lebt, sitzt seit nun mehr als zweieinhalb Jahren im Hochsicherheitstrakt eines Budapester Gefängnisses. Er muss sich gegen den Vorwurf des Terrorismus rechtfertigen – isoliert und weit entfernt von seiner Frau und seinen Kindern. Die rechte Fidesz-Regierung Ungarns, mit Orban als Staatsoberhaupt, nutzt den Prozess gegen Ahmed H., um ihre aus-schweifende rassistische Propaganda gegen Geflüchtete im Land zu untermauern. Als Schauprozess mit nationaler Medienwirksamkeit wird an Ahmed H. ein Exempel statuiert und er selber zum „Prototypen" eines vermeintlich „gefährlichen muslimischen Flüchtlings" stilisiert, der eine Terrorgefahr für den ungarischen Staat darstellt.

Wie stark politisch der Prozess aufgeladen ist, zeigte sich allein dadurch, dass die Unterstützer*innen von Ahmed monatelang nach einem Anwalt suchen mussten, der ihn verteidigen konnte. Es war nahezu unmöglich ein*e Anwält*in zu finden, die den Mut aufbringen konnte, eine Person zu verteidigen, die wegen Terrorismus angeklagt wird. Dazu noch im Kontext von Migration – in einem Staat, der seinen Bekanntheitsgrad in den letzten Jahren vor allem durch Diskriminierung Geflüchteter, diversen Strategien der Abschreckungs- und Abschottungspolitik sowie offenkundiger rassistischer Hetze bis hin zu staatlich ausgebildeten und bewaffneten „Border Hunters" erlangt hat. Der öffentliche Druck ist immens, sodass selbst das internationale Helsinki Committee ablehnte, Anwält*innen für Ahmed zu stellen. Schließlich wurde ein Anwalt gefunden, der unglaubliche 20 000€ verlangt und Ahmed im Prozess eher mäßig als gut unterstützt. Im Folgenden werden einige Erlebnisse von den Prozesstagen geschildert.

Erster Prozesstag: 08. Januar 2018
Am ersten Prozesstag waren viele internationale Unterstützer*innen und Presse vor Ort, vor allem ungarische Staatsmedien. In Fußfesseln wurde Ahmed H. um kurz nach 9:00 Uhr morgens am Montag von zwei vollvermummten Polizisten in den Gerichtssaal geführt. Um das rechte Handgelenk trug er eine Handschelle mit befestigter Leine, an der einer der Beamten ihn permanent festhielt. Jegliche Interaktionsversuche zwischen Ahmed und seinen Unterstützer*innen wird von

den Polizist*innen vor und nach dem Prozess unterbunden – und sei es nur der Austausch eines Lächelns. Bei solchen Versuchen wurde Ahmed sofort von den Polizisten außer Sichtweite gezogen. Der Richter fokussierte die Aussagen von Ahmed H. und befragte ihn zur Situation an der Grenze; wo die Grenze angefangen habe, was er gemacht oder zur Polizei gesagt habe, ob er Steine geworfen habe, was nicht bewiesen werden konnte. Aus Ahmeds Perspektive wurde klar, dass die Situation sehr unübersichtlich war und die Ansagen der Polizei schwer zu verstehen waren. Er betont, die Polizei nicht bedroht zu haben, sondern versucht hat als Kommunikationsperson zu agieren. Ahmed H. habe die Polizei gebeten, die Menge wegen der vielen Kinder und kranken Menschen passieren zu lassen. Anschließend wurden Aussagen von Polizist*innen vorgelesen, die am 16. September 2015 am serbisch-ungarischen Grenzübergang Röszke eingesetzt waren. Diese waren in großen Teilen widersprüchlich. Viele hatten Ahmed nicht gesehen bzw. konnten zu den Vorwürfen gegen ihn keine Aussagen machen. An diesem ersten Prozesstag stellte die Regierung eine facebook-Seite online, ihr Titel: „Ahmed H. ist ein Terrorist".

Zweiter Prozesstag: 10. Januar 2018

Auch am zweiten Prozesstag hatten sich im Gerichtssaal etwa 25 internationale Unterstützer*innen eingefunden – viele davon Mitglieder der „Free the Röszke 11- Kampagne" sowie Amnesty International zur kritischen und solidarischen Prozessbegleitung und –beobachtung. Im Fokus stand an diesem Tag die Analyse eines vierstündigen Videos des 16. Septembers 2015 am serbisch-ungarischen Grenzübergang Röszke. Die Motivation des Richters und Staatsanwaltes war Ahmed als Rädelsführer des Protests und alleinigen Urheber der Auseinandersetzungen zu identifizieren bzw. Verhaltensweisen zu erkennen, die auf „Terrorismus" hindeuten sollten. Mittels starkem Druck und endlosen Nachfragen versuchten sie ihn dazu zu bringen sich auf dem Video als Person, die Steine werfen soll, zu identifizieren.

Lange Zeit war Ahmed H. auf den Videoaufnahmen nicht zu sehen. Als er zu sehen war, verhielt er sich unauffällig. Dennoch stoppte der Richter das Video immer wieder, um Ahmed an der „Leine" nach vorn führen zu lassen und ihm Nahaufnahmen so lange zu zeigen, bis er selber verunsichert war, ob er auf dem Bild zu erkennen sei oder nicht. In den Szenen, in denen Ahmed zu erkennen war, versuchte er die Menschenmenge durch beschwichtigende Gesten zu beruhigen. Szenen, in denen er angeblich Steine werfen sollte, waren verwischt von Tränengas und Wasserwerfer und sehr unscharf.

Der Prozesstag war lang und anstrengend. Ahmed H. sitzt seit mehr als zweieinhalb Jahren in Isolationshaft in Budapest und wirkte erschöpft. Nach vier Stunden Videoanalyse und Befragungen fragte Ahmed: „What kind of terrorist am I, who is doing nothing for hours?" – während Richter und Ankläger unaufhörlich versuchten aus einzelnen Momentaufnahmen, Verhaltensweisen oder Aussagen zusammenbasteln, bis daraus das Bild eines Terroristen gezeichnet werden kann.

Anzeige

Soliaktion in Szeged: 11. Januar 2018

Am Donnerstag, den 11. Januar 2018, gab es einen spontanen Flashmob in Szeged in Solidarität mit Ahmed H. Die internationalen Unterstützer*innen machten mit Flyern, Transparenten und Redebeiträgen in Ungarisch auf die Situation von Ahmed und den Prozess aufmerksam. Nach wenigen Minuten wurden sie von einem massiven Polizeiaufgebot eingekreist und mehrere Stunden festgehalten. Nach einer Personalienfeststellung und dem Einzug aller Flyer und Transparente sowie der Lautsprecherbox, wurden sie schließlich freigelassen, mit der Ansage, dass nach dem*der „Anführer*in" des Protestes gesucht werde. Dieser Vorfall war nicht der erste dieser Art und zeigt einmal mehr, dass auch die bloße Unterstützung von Ahmed und der Widerstand gegen die Politik der ungarischen Regierung massiv kriminalisiert werden. Am gleichen Abend fand eine Infoveranstaltung von Menschen der FreetheRöszke11-Kampagne in einem Szegeder Café für lokale und internationale Interessierte statt.

Dritter Prozesstag: 12. Januar 2018

Am dritten Prozesstag patrouillierten bereits morgens Polizisten vor dem Gerichtsgebäude, die Unterstützer*innen wurden im Gebäude von Zivilpolizist*innen kontrolliert und während dem Prozess im Gerichtssaal abgefilmt. Die Atmosphäre war angespannt. Nachdem Ahmed H. hereingebracht worden war, zeigte der Richter verschiedene kürzere Videos – u.a. Videoaufnahmen von Polizist*innen. Der Richter skizzierte isolierte Verhaltensweisen als „auffällig", bspw. dass Ahmed sich in einer Videosequenz auf den Boden bückt – „I was cleaning", antwortet Ahmed daraufhin. Grundsätzlich waren in allen Videosequenzen, in denen Ahmed zu sehen war, vor allem seine Bemühungen zu erkennen: einen Dolmetscher zu bekommen, mit der Polizei zu verhandeln, die Menge zu beruhigen oder es waren Sätze zu hören wie „We want only peace". Die brutalen Angriffe seitens der Polizei auf die protestierenden und wartenden Menschen mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken wurden bei den Videoanalysen nicht gezeigt, existieren jedoch auf Aufnahmen (siehe unten).

Nach einigen Pausen wurde der Prozess überraschend gegen Mittag beendet und zwei weitere, letzte Prozesstermine für den 14. und 19. März angesetzt. Beim Herausgehen konnten die Unterstützer*innen Ahmed einige Dinge zurufen, vor dem Gericht wurde eine Unterstützerin von Zivilpolizisten herausgezogen, kontrolliert und abfotografiert.

Schlussfolgernd zeigt sich anhand dieser aktuellen Prozesstermine und den Befragungen, dass dieses Verfahren kein faires und ergebnisoffenes Verfahren ist. Der Grundstimmung gegen Ahmed H. seitens des Gerichts ist in den Befragungen und Beweisaufnahmen voreingenommen und feindlich. Außerdem ist der politische Druck auf das Gericht groß, ihn erneut als „Terroristen" zu verurteilen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass am 8. April 2018 die ungarischen Parlamentswahlen anstehen. Letzteres lässt vermuten, dass Ahmeds Fall politisch weiterhin instrumentalisiert werden wird.

Ahmed H. darf auch in Zukunft nicht allein stehen und wird weiterhin solidarisch in den folgenden Gerichtsprozessen sowie während seines Gefängnisaufenthaltes begleitet und unterstützt so gut es geht. Daran können sich alle beteiligen!

Schreibt Briefe an Ahmed:

Verein zur Förderung feministischer Projekte
Kleeblattgasse 7
1010 Vienna
Austria

Spendet für die Solidaritäts-Kampagne:

Empfänger: Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Frankfurt
IBAN: DE24 4306 0967 4007 2383 90
BIC: GENODEM1GLS
Betreff: Röszke 11

Mehr Infos:

www.cantevictsolidarity.noblogs.org | www.freetheroszke11.weebly.com | www.helsinki.hu/en
https://www.youtube.com/watch?time_continue=2&v=2EhHBC0qWus

Shiva Mahbobi (PCOI): „Die Iraner*innen brauchen keine Supermacht, die kommt um sie zu retten“

Shiva Mahbobi, eine Exilaktivistin der Kommunistischen Arbeiter*innenpartei des Iran, beantwortete die Fragen der Alternative Libertaire zu der Protestwelle zu Beginn des Jahres.
Das Jahr 2018 begann unter besorgniserregenden Vorzeichen für das Regime der Mullahs des Iran mit einer Woche Straßenprotest. Gewalttätige Proteste haben mehr als 90 Städte erfasst, sowohl aus sozialen als auch aus politischen Gründen.

★ *Interview von: Nicolas (Alternative Libertaire Moselle) / Übersetzung: madalton*

Auf der einen Seite gibt es den Anstieg der Preise, einschließlich der Preise für Eier - daher der Spitzname "Revolution der Eier" - den die Demonstrant*innen ihrer Bewegung selbstironisch gegeben haben. Auf der anderen Seite gibt es die Erschöpfung von Irans kostspieliger imperialistischer Intervention im benachbarten Syrien - daher die Slogans " Kümmert euch um uns, nicht um Bashar!", die auf den Kundgebungen zu hören waren.

Dieser Wutausbruch wurde gewaltsam unterdrückt, es gab mindestens 20 Tote. Gleichzeitig bestätigten riesige politische und religiöse Demonstrationen aufgrund der Stärke seiner sozialen Basis das Regime. Zu diesem Zeitpunkt interviewte Alternative Libertaire Shiva Mahbobi, eine ehemalige politische Gefangene, Mitglied der Führung der Kommunistischen Arbeiterpartei Irans (PCOI) und Sprecherin der Kampagne für die Freilassung politischer Gefangener im Iran.

Alternative Libertaire: ***Die Repression scheint sehr brutal gewesen zu sein. Konnten Gegner*innen dies verhindern?***
Shiva Mahbobi: Nein. Das geringste Zeichen von Widerspruch, die geringste Opposition gegen das islamische Regime, auch wenn sie noch so moderat ist, wird brutal unterdrückt. Demonstrant*innen werden verhaftet, inhaftiert, gefoltert und sogar hingerichtet.

Seit der Enteignung der Revolution von 1979 durch die Mullahs wurde jede Form von Opposition stark unterdrückt, sei es durch erzwungenen Abgang am Arbeitsplatz oder von der Universität, Schikanen, Entführungen, Inhaftierungen, Folter oder sogar durch große Hinrichtungen. Um an der Macht zu bleiben, schürt das Regime Angst in der Gesellschaft.

Doch seine Fähigkeit, die Opposition zum Schweigen zu bringen, hat sich seit 1979 weiterentwickelt. In den 1980er Jahren reichten Massenverhaftungen, Folter und Hinrichtungen aus, um seine unrechtmäßige Autorität durchzusetzen. Damals hatten die Iraner*innen keine Möglichkeit, die internationale Gemeinschaft und die Bürger*innen der ganzen Welt zu informieren. Aber 39 Jahre lang dauerten die Widerstandsaktionen an, bis sie nach und nach einen Raum einnahmen, der heute nicht mehr zu begrenzen ist. Dank der sozialen Netzwerke können die Menschen leichter Gegeninformationen zusammenstellen und der Welt mitteilen, was im Iran geschieht. Die Möglichkeit, die Ereignisse zu filmen und über soziale Netzwerke zu verbreiten, hat zu einer internationalen Solidarität mit den Iraner*innen geführt. Dies übt einen enormen Druck auf das islamische Regime aus, das sicherlich weiterhin seine Gegner*innen knebeln oder unterdrücken wird. Aber das wird die Menschen nicht davon abhalten, es weiterhin herauszufordern, bis zu seinem Sturz.

Was sind Deiner Meinung nach die Unterschiede zur Bewegung von 2009?
Es gibt drei Hauptunterschiede. Erstens, die Slogans und Behauptungen von Ende 2017 - Anfang 2018 greifen die Führer, die Strafverfolgungsbehörden und das System als Ganzes direkt an. Die Demonstrant*innen zerstörten die Symbole des Regimes, wie die offiziellen Gebäude, die religiösen Gebäude (die der Wächter der Revolution, ein Seminar in Qom... um nur einige zu nennen).

Zweitens fanden die Demonstrationen in weiten Teilen des Landes statt, nicht nur in den großen Städten, sondern auch in den kleineren Städten und sogar in einigen Dörfern. Nach den Informationen, die wir aus dem Iran erhalten haben, fanden die Demonstrationen in fast 92 Städten statt, was beispiellos ist.

Drittens haben diese Aufstände trotz der Verhaftung von mehr als 3.000 Menschen nicht aufgehört. Menschen haben nicht aufgegeben und organisieren weiterhin Aktionen in noch mehr Städten.

Der Kommandant der Revolutionsgarde, Mohammad Ali Jafari, kündigte am 3. Januar das Ende der Unruhen an. Ist das richtig?
Die Obrigkeit behauptet, dass es sich bei diesen Mobilisierungen lediglich um vorübergehende "Störungen" durch "fremde Kräfte" handelt. Es weiß ganz genau, dass dies falsch ist. Das Regime könnte an Einfluss verlieren, was das Ausmaß der Aufstände betrifft, die sich überall abzeichnen. Das Regime fürchtet die Aufstände, weil sie unberechenbar und unkontrollierbar sind. Es redet ihre Auswirkungen klein, um seine Panik zu verbergen.

Wie ist die Zusammensetzung der Protestierenden?
Die Proteste, die im Dezember 2017 ausgebrochen sind, sind eine Reaktion auf Armut, Ungleichheit, Inflation, Diktatur und das islamische Regime insgesamt. An den Aufständen nahmen Menschen aus verschiedenen Schichten teil, aber die Mehrheit sind junge Männer und Frauen, die zu den am stärksten benachteiligten gehören - junge Arbeiter*innen, Arbeitslose, Studierende.

Während die Obrigkeit seit 39 Jahren Reichtum anhäuft und Milliarden stiehlt, lebt die Mehrheit der Iraner*innen unterhalb der Armutsgrenze und kämpft darum, die Grundbedürfnisse ihrer Familien zu befriedigen. Der Iran hat den höchsten Abhängigkeitsquotienten der Welt. Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei über 12%, weit unter den tatsächlichen Zahlen. Die Zahl der Kinder, die auf der Straße leben, hat zugenommen und die Fabrikarbeiter*innen werden unregelmäßig bezahlt. Trotz der Abschaffung der Wirtschaftssanktionen nach dem Atomabkommen von 2015 steigen Inflation, Arbeitslosigkeit und Armut weiter an.

Was die Frauen betrifft, so dürfen wir nicht vergessen, dass sie die Ersten waren, die nach der Revolution von 1979 vom islamischen Regime in ihren Rechten angegriffen wurden. Frauen waren schon immer Ziel von Repressionen. Sie haben maßgeblichen Anteil an den Demonstrationen im Iran.

Bei den Demonstrationen hören wir auch eine Ablehnung des imperialistischen Krieges in Syrien....
Neben dem Wunsch nach einer großen Veränderung und dem Zusammenbruch des islamischen Regimes durch die Revolution protestieren die Iraner*innen gegen die Milliarden, die für die Finanzierung islamistischer Gruppen ausgegeben werden, die in der Region arbeiten, wie die Hisbollah in Syrien. Sie wollen, dass der Krieg aufhört und das Geld den Grundbedürfnissen der Arbeiter*innenklasse dient. Sie sagen auch, dass sie nicht in einen Krieg verwickelt werden wollen, der Tod und Zerstörung in einem anderen Land verursacht.

Sind die Demonstrant*innen sich der bewaffneten Drohungen der USA gegen den Iran bewusst? Hat dies den Protest abgeschwächt?
Auf keinen Fall. Die Iraner*innen wissen, dass die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und andere Länder ihre eigenen Pläne haben: Sie haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie nur ihre eigenen Interessen vertreten und sich nicht darum kümmern, was mit den Menschen in anderen Ländern geschieht.

Deshalb kümmern sich die Demonstrant*innen nicht um das, was aus dem Weißen Haus oder Brüssel kommt, sondern verlassen sich nur auf ihre eigene Stärke. Die Iraner*innen brauchen keine Supermacht, die kommt, um sie zu retten. Diejenigen, die den Sturz des islamischen Regimes anstreben, wollen nicht unter einer ähnlichen Situation leiden, wie sie durch die Invasion des Irak und Afghanistans entstanden ist.

Es gibt ernsthafte Gedanken darüber, was nach dem Sturz des Regimes passieren könnte und was die westlichen Regierungen tun würden, um eine Alternative zu schaffen, die ihnen im Iran zugute käme. Im Moment konzentrieren sich die Menschen jedoch mehr darauf, das islamische Regime anzugreifen. Was Donald Trump, die Vereinigten Staaten und die EU sagen, ist für sie zum jetzigen Zeitpunkt kaum relevant.

Äußern noch weitere (kurdische, sunnitische) Bevölkerungsgruppen ihre Unzufriedenheit?
Der Wunsch, das islamische Regime zu vertreiben, zieht sich durch verschiedene Teile der iranischen Gesellschaft. Es ist klar, dass bei den jüngsten Ereignissen in diesem Punkt eine Annäherung stattgefunden hat.

Können die internationalen Kampagnen und Unterstützungsbotschaften für die Menschen im Iran wirklich ein Gegengewicht gegen Rohani sein?
Sie können eine wichtige Rolle spielen. Da Regierungen auf der ganzen Welt die Augen vor den Gräueltaten des islamischen Regimes verschließen, kann sich die Bevölkerung des Iran nur auf die internationale Unterstützung der Bevölkerung verlassen. Während wir hier sprechen, wurden mehr als 3.000 Menschen nach Demonstrationen verhaftet. Ihre Familien begannen ein Sit-in vor dem berüchtigten Evin-Gefängnis. Internationaler Druck ist wichtig für die Freilassung dieser Gefangenen. Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und ganz allgemein alle, die sich gegen Unterdrückung und Diktatur aussprechen, müssen am Ball bleiben. In jeder Revolution stellen die Unterstützung und die vereinten Bemühungen der Menschen in der Welt ein Element dar, welches ein Gegengewicht erzeugt.

★★★

Übersetzung [ins Französische – Anmerkung der Redaktion] *von Valérie (AL Paris Nord-Ost), Grégoire (AL Orleans), Léo (AL 94-Nord) und Guillaume (AL Montreuil)*

Kommentar des Autors:
Leider wusste ich zum Zeitpunkt der Abschrift meines Textes für die jetzige Ausgabe der Gaidao nicht, dass es eine Reaktion von Ewgeniy Kasakow geben würde. Wie so oft würde ich darin einige seiner Argumente entschieden zurückweisen, während ich bei anderen durchaus eine interessante Diskussionsgrundlage sehen würde. In diesem Sinne begrüße ich seine Kritik an meinem Text ausdrücklich. Im Gegensatz zu Kasakow behaupte ich allerdings tatsächlich nicht mit diesem oder auch anderen Texten so zu arbeiten, als dass es ihm als "wissenschaftlich" gelten könnte. Generell sind meine Texte politisch motiviert. Kasakows Argumentation ist es ebenfalls und versteckt sich unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit. Das bedeutet nicht, dass ich einfach Tatsachen verdrehen und Argumente zu meinen Zielvorstellungen oder Prinzipien verfälschen darf. Das tue ich glaube ich auch nicht. Mein Anliegen war eine Darstellung anarchistischer Kritik an linker Mythologie in Bezug auf die Oktoberrevolution aufgrund der Jährung des Ereignisses, keine Hinzufügung einer grundlegend neuen "Erkenntnis". Dazu habe ich auf Schriften verwiesen, wo dies (historisch) geleistet wird, wie bei Philippe Kellermann. Im Streit liegen hier meines Erachtens einerseits zwei unterschiedliche politische Positionen (gelassen/hoffnungsvoll-anarchistisch und krampfhaft nihilistisch-antianarchistisch), darüber hinaus jedoch auch zwei sehr verschiedene Argumentationsmuster. Hinter beidem scheint mir eine divergierende Wahrnehmung der Welt und ein Widerstreit in den Subjektivitäten der Autoren zu liegen. Auch auf dieser Ebene ließe sich streiten und ich wäre gespannt, ob Kasakow dazu in der Lage wäre. Ganz in diesem Sinne muss ich also offenbar vorwarnen: Auch der folgende Text erhebt keinen "wissenschaftlichen" Anspruch. Genau darin liegt seine Berechtigung und Wahrheit.

—Jens Störfried

Großbürger kritisiert Kleinbürger, weil dessen Klasse nicht ihre Interessen verfolgt

Zum Kleinbürger*innen-Vorwurf von Karl Marx an Pierre-Joseph Proudhon und anarchistischen Umgangsmöglichkeiten damit

★ *Von: Jens Störfried*

Bei meiner Beschäftigung mit der Kritik am Anarchismus fielen mir in einem vom ZK der SED 1977 herausgegebenen und zusammengestellten Band (neben vielen anderen Dingen wie dem ätzenden Vorwort), zwei zentrale Textstellen ins Auge, die eine wunderbare Diskus-sionsgrundlage abgeben. Sie verkörpern beispielhaft einen wichtigen, – wenn er aber unreflektiert tausendmal wiederholt wird, total flachen – Vorwurf, welcher Anarchist*innen von Marxist*innen häufig entgegenschlägt: Sie seien Kleinbürger*innen, welche trotz vielerlei revolutionärer Phrasen die eigentlichen historischen Bewegungen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verstehen könnten und sie falsch interpretieren müssten, da sie nicht die Ideologie des Proletariats vertreten könnten. Der aus großbürgerlichem Hause stammende Karl Marx kann dies jedoch offensichtlich, schließlich entdeckte er den wissenschaftlichen Sozialismus und weiß nun wie der Hase läuft und welche Interessen die*der Proletarier*in im Allgemeinen so hat – auch wenn es ihr*ihm oftmals selbst nicht bewusst ist. Nach einer Vorstellung der Auszüge und einer Zusammenfassung eines Teils von Marx' berechtigter Kritik an Proudhon[1], will ich beleuchten, was es mit dem Kleinbürger*innen-Vorwurf auf sich hat und aufzeigen, was eine anarchistische Antwort auf diesen sein könnte. Wer mir dabei widersprechen möchte, soll dies gerne tun.

Marx' Kritik an Proudhon, dargestellt vom Autor (= drei weiße Männer erklären die Welt)

In einem Brief an den russischen Gutsbesitzer und Publizisten Pawel Wassiljewitsch Annenkow kritisiert Marx 1846 Proudhons Werk „Philosophie der Armut“. Darin bemängelt er, Proudhon hätte die gegenwärtigen sozialen Zustände nicht in ihrem Zusammenhang begriffen, weil er statt von ihnen zum Beispiel von metaphysischen Begriffen wie der „universellen Vernunft“ ausgeht. Proudhon mache eine falsche Trennung von Staat und Gesellschaft auf, denn ersterer sei Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse und diese wiederum Ergebnis sich fortlaufend weiterentwickelnder Produktivkräfte. Statt die notwendige historische Entwicklung zu begreifen geht Proudhon von *Ideen* aus, die Evolutionen anstoßen könnten. Er kritisiert die Arbeitsteilung versteht jedoch nicht, dass diese im Zusammenhang mit der Entwicklung eines globalisierten Kapitalismus stehen. Er sieht Maschinen als eine Folge der Arbeitsteilung an, anstatt zu sehen, dass gesteigerte Konsumbedürfnisse und die Zunahme von Konkurrenz die Erfindung und Einführung von Maschinen beförderten. Schließlich

[1] *Wie viele wissen, ist die Kritik noch wesentlich weiter zu führen: Proudhon war Antisemit und ein ausgemachter Frauenfeind. Das immer wieder Alibi-mäßig zu wiederholen und sich dann dennoch auf ihn als einen der ersten modernen Anarchist*innen zu beziehen, finde ich irgendwie unglaubwürdig. Deswegen lasse ich das Alibi sein und lege zumindest den ersten höchst problematischen Widerspruch unvermittelt offen.* Interessanter im Zusammenhang dieses Textes wären Mutmaßungen, inwiefern das „kleinbürgerliche Denken“ Proudhons mit seinem Antisemitismus und seiner Frauenfeindlichkeit in Verbindung steht. *Dies ist sicherlich der Fall, kann jedoch keineswegs als Kausalität verstanden werden.*

kritisiere Proudhon das *Eigentum an sich*, anstatt seine konkrete historische Form, die als *Eigentumsbeziehung* im Feudalismus eine ganz andere gewesen wäre (und somit im Sozialismus wiederum eine veränderte Gestalt haben würde). Schließlich begreife Proudhon den Kapitalismus nicht, da er in Monopolen und Konkurrenz nicht etwas Schlechtes sehe, sondern lediglich meint, diese funktionierten falsch, weswegen er sie besser vermitteln möchte. - All diese (falschen) Annahmen hätte Proudhon nicht deswegen, weil er ein schlechter Denker wäre, sondern weil er dem bürgerlichen Denken verhaftet bliebe und Kategorien und Ideen als ewig und von materiellen Verhältnissen abgekoppelt ansieht. Marx hingegen geht es darum, die gesellschaftlichen Grundlagen umzuwälzen, welche die widersprüchlichen Kategorien erst hervorbringen. Anstatt ein „richtiges Gleichgewicht" in antagonistischen Beziehungen zu finden, sollten diese (sozial-revolutionär) überwunden werden. Zusammengefasst folgt am Ende die Pointe seines Briefes:

„Herr Proudhon ist von Kopf bis Fuß Philosoph, Ökonom des Kleinbürgertums. In einer fortgeschrittenen Gesellschaft und durch den Zwang seiner Lage wird der Kleinbürger einesteils Sozialist, andernteils Ökonom, d.h., er ist geblendet von der Herrlichkeit der großen Bougeoisie und hat Mitgefühl für die Leiden des Volkes. Er ist Bourgeois und Volk zugleich. Im Innersten seines Gewissens schmeichelt er sich, unparteiisch zu sein, das rechte Gleichgewicht gefunden zu haben, das den Anspruch erhebt, etwas anderes zu sein, als das rechte juste-milieu. Ein solcher Kleinbürger vergöttlicht den Widerspruch, weil der Widerspruch der Kern seines Wesens ist. Er selber ist bloß der soziale Widerspruch in Aktion. Er muß durch die Theorie rechtfertigen, was er in der Praxis ist, und Herr Proudhon hat das Verdienst, der wissenschaftliche Interpret des französischen Kleinbürgertums zu sein, was ein wirkliches Verdienst ist, da das Kleinbürgertum ein integrierender Bestandteil aller sich vorbereitenden sozialen Revolutionen sein wird."[2]

Pierre-Joseph Proudhon, hier als Apostel des Sozialismus mit Heiligenschein karikaturiert; sein "Eigentum" wird von den Ratten zernagt.

In vielen Punkten zerreißt Marx zurecht Proudhons Schrift „Philosophie der Armut" und antwortet an anderer Stelle deswegen mit einer ganzen Gegenschrift, der er den Titel „Armut der Philosophie" gibt – ein schönes Beispiel dafür, wie Ideen sich in Auseinandersetzung mit anderen Standpunkten weiterentwickeln lassen. Proudhons erstem Buch „Was ist das Eigentum"[3] war Marx dagegen sogar überwiegend aufgeschlossen. Er bezeichnet es als „epochemachend", weniger jedoch, aufgrund seiner Inhalte, sondern wegen des ansprechenden Stils. An Johann Baptist Schweitzer, einen Redakteur der Zeitung „Social-Demokrat" von 1865 schreibt Marx anlässlich des Todes von Proudhon, dass er zwar viele alte Erkenntnisse neu aufwärmt, diese aber gut verpacken und formulieren kann. Insbesondere sei es seine trotzige Haltung und seine mutige Kritik des Kapitalismus sowie sein „tiefes und warmes Gefühl der Empörung" über die Niederträchtigkeit des Bestehenden in Verbindung mit „revolutionärem Ernst", die ihm Respekt verschaffen und die Popularität seines Buches erklären. Von Marx' „wissenschaftlichem" Standpunkt her wäre Proudhon nicht weiter erwähnenswert gewesen, aber der Stil ist sensationell. Proudhon bediene sich der Antinomien (= Gegensätze) von Kant, will und kann sie jedoch nicht auflösen. Auch hier schon zeige sich jedoch, dass er die geschichtliche Besonderheit von modern-bürgerlichen Eigentums-verhältnissen nicht begreife, die im Sozialismus andere wären. Dementsprechend könnte man auch sagen, von „Diebstahl" kann nur gesprochen werden, wenn demgegenüber die bürgerliche Vorstellung eines redlichen Erwerbs von Eigentum stünde. In meinen Worten: Diebstahl ist auch Eigentum. Als Wissenschaftler bilde sich Proudhon ein, über der Bourgeoisie auch über dem Proletariat zu schweben – was Marx selbstverständlich nicht von sich selbst glaubt, wenn er die „historische" Mission des Proletariats und seine objektiven Bedingungen und Interessen definiert. Weil sie diese leider nicht selbst begriffen war es dann unvermeidlich, dass sich eine sozialistische Avantgarde formieren musste, um es aufzuklären, schlimmer aber noch: zu vertreten und anzuführen. Na dann auf zum letzten Gefecht mit dem Kanonenfutter! Jedenfalls beendet er seinen Brief 19 Jahre nach dem ersteren interessanterweise mit sehr ähnlichen Worten:

„Proudhon neigte von Natur zur Dialektik Da er aber nie die wirkliche wissenschaftliche Dialektik begriff, brachte es es nur zur Sophistik. In der Tat hing das mit seinem kleinbürgerlichen Standpunkt zusammen. Der Kleinbürger ist […] *zusammengesetzt aus einerseits und andererseits. So in seien ökonomischen Interessen, und daher in seiner Politik, seinen religiöse, wissenschaftlichen und künstlerischen Anschauungen. So in der Moral, so in everything. Er ist der lebendige Widerspruch. Ist er dabei, wie Proudhon, ein geistreicher Mann, so wird er bald mit sei-*

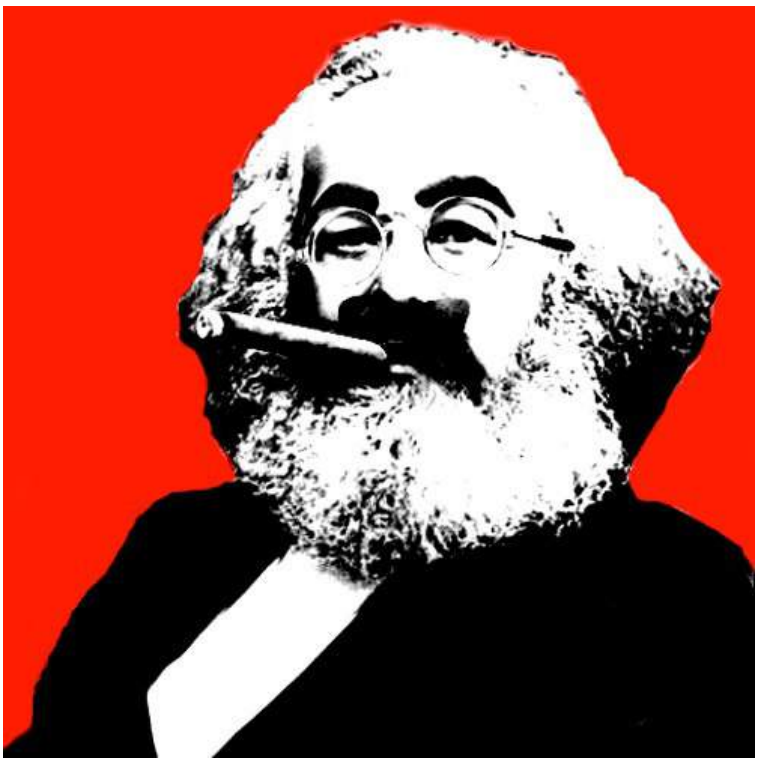
[2] *Institut für Marxismus-Leinismus beim ZK der SED, Karl Marx, Friedrich Engels – Über Anarchismus, Berlin 1977, darin: Brief von Marx an Pawel W. Annenkow (1846), S. 95-104, hier: S. 104f.; aus: Marx-Engels-Werke, Bd. 27, S. 451-462.*

[3] *Pierre-Joseph Proudhon, Was ist Eigentum? Untersuchungen über den Ursprung und die Grundlagen des Rechts und der Herrschaft, Münster 2014.*

nen eigenen Widersprüchen spielen lernen und sie je nach Umständen zu auffallenden, geräuschvollen, manchmal skandalösen, manchmal brillanten Paradoxen ausarbeiten. Wissenschaftlicher Scharlatanismus und politische Akkomodation [= Anpassung] *sind von solchem Standpunkt unzertrennlich."*[4]

Der Kleinbürger*innen-Vorwurf

Da hätten wir ihn also sehr prominent vertreten: den Kleinbürger*innen-Vorwurf. Nebenbei bemerkt passt dazu sehr gut, dass Proudhon auch für die Klein*familie* eintrat. Obwohl ich es mit der ausführlicheren Darstellung von Marx Kritik oben schon angedeutet habe, stelle ich hier noch mal klar, dass ich sie sehr berechtigt finde. Mit diesem Text will ich Proudhon auch gar nicht verteidigen, sondern mir die Kritik von Marx anschauen, den ich wiederum kritisiere.[5] Einzelnen Punkten sehe ich wahrscheinlich anders als dieser. Worum es geht ist, dass Proudhon, obwohl er sich sehr ausgefallen in Widersprüchen verstrickt, an der Oberfläche bleibt und *ihm eine tiefer gehende Kritik der Gesellschaft seiner Zeit nicht gelingt.* An dieser Stelle interessiere ich mich jedoch nicht für ökonomische Analysen, trotzdem aber für Gesellschaftskritik und von der Warte aus für den Kleinbürger*innen-Vorwurf. Darum will ich noch mal auf den Punkt bringen, was in den Zitaten oben enthalten ist, wobei ich Marx' Aussagen in meinen Worten wiedergebe:



Karl Marx, hier als Großbürger des Sozialismus mit Zigarre karikaturiert.

> Proudhon ist ein Philosoph des Kleinbürgertums, weil seine ökonomischen Interessen – und deswegen auch seine Ansichten über Religion, Wissenschaft, Kunst, Moral usw. – zwiespältig sind[6]. Er verkörpert den „lebendigen Widerspruch" in sich als fühlendes und denkendes Subjekt. Denn seine Ideologie vertritt sowohl „großbürgerliche" als auch „proletarische" Standpunkte. Wie (heute) die meisten Menschen (in westeuropäischen Industriestaaten) muss er irgendeine Umgangsweise damit finden. Dies tut er indem er seine ökonomische/soziale/politische Position in der Gesellschaft theoretisch rechtfertigt und mit dem Widerspruch spielt, ihn sogar „vergöttlicht" – anstatt ihn konsequent aufzulösen. Das tut er sehr clever und vermittelt ihn fortwährend, weil er glaubt, unparteiisch sein zu können, verliert sich dabei allerdings in vielen leeren Phrasen und Gedankenspielereien („Sophistik"). Daraus folgt, dass Proudhon kein wissenschaftlich-dialektisches Verständnis für (laut Marx) objektive Situationen und Prozesse hat und „wissenschaftlichen Scharlatanismus" betreibt. (So wie ich hier.) Er kann keine konsequente Kritik an den bestehenden Verhältnissen üben und entwickelt keine Ansatzpunkte für eine tiefgreifende sozial-revolutionäre Praxis, sondern bleibt reformistisch („politische Akkomodation"). Andererseits aber lesen wir im Brief an Annenkow auch die faszinierende Aussage, Proudhon sei „der soziale Widerspruch in Aktion", was auf eigene Bewegung und eine spezifische Arbeit und Umgangsweise mit Widersprüchen hindeutet. Zudem sei es sein *„Verdienst der wissenschaftliche Interpret des französischen Kleinbürgertums zu sein* [...] *welches ein integrierender Bestandteil aller sich vorbereitenden sozialen Revolutionen sein wird."*

In meinen Ohren hört sich das als eine durchaus hohe Auszeichnung an, immerhin gilt „das" Kleinbürgertum - zumal in Deutschland - ja schlechthin als reaktionär: Kleinbürger*innen, das sind die Spießer, die bei lauter Musik die Bullen rufen. Sie wollen in Ruhe gelassen werden und Modellflugzeuge zusammenkleben. Manche Kleinbür-

[4] *Institut für Marxismus-Leinismus beim ZK der SED, Karl Marx, Friedrich Engels – Über Anarchismus, Berlin 1977, darin: Marx, Über P.J. Proudhon (1846), S. 139-145, hier: S. 145; aus: Marx-Engels-Werke, Bd. 16, S. 25-32.*

[5] *Dabei ist allerdings auch anzumerken, dass der Kleinbürger*innen-Vorwurf auch Auseinandersetzungen im Anarchismus selbst betrifft und auch aus diesem Grund seine Berechtigung hat. So war ich schwer enttäuscht von einer Schrift des US-amerikanischen Anthropologie und Politikwissenschaftsprofessors* ***James C. Scott****. In seinem Buch* Two Cheers for Anarchism *(2012) bestätigt er die Notwendigkeit einer Kritik an bestimmten Tendenzen im Anarchismus. Im Kapitel* Two Cheers for the Petty Bourgeoisie *(S. 84-100) schreibt Scott über die Rolle der Kleinbürger*innen und verteidigt diese. Indem Scott damit – trotz kontinuierlicher Kritik, beginnend bei Marx – ganz dem Ansatz Proudhons folgt (Vorwort: xii) verkennt er total, dass die Forderung nach eigenem Land durch Bauernbewegungen oder die Verteidigung der selbständigen Gewerbe von Handwerker*innen bei der Durchsetzung des Kapitalismus, eben* nicht *bedeutet für kleinbürgerliche Eigentumsverhältnisse innerhalb des heutigen Kapitalismus' einzutreten. Selbstverständlich wehrten sich diese Gruppen völlig zurecht gegen ihre drohende Enteignung und Proletarisierung. Ihre Eigentumsverhältnisse waren aber entschieden andere, als unter durchgesetzten kapitalistischen Verhältnissen, da die Bauern*Bäuerinnen mit „eigenem Land" keinen persönlichen Besitz verbanden, sondern Gemeinde-Eigentum, ebenso wie die Handwerker*innen nicht für ihre individuellen Produktionsmittel kämpften, sondern für kollektiven ihres Standes.*

*Zudem behauptet Scott, Anarchist*innen hätten ihre Vorstellung von Würde und Autonomie am „small property" festgemacht, was sicherlich auf manche Individualist*innen zutrifft, keineswegs jedoch auf hauptsächlich verbreiteten kollektivistischen und kommunistischen Strömungen. Denn diese wollten die bestehenden Eigentumsverhältnisse umwälzen und vergesellschaftetes Gemeineigentum einführen. Richtig ist, das Handwerker*innen zu den radikalsten Gruppen der Arbeiter*innenbewegung gehörten – nicht aber, weil sie hauptsächlich ihr bisschen Eigentum verteidigten, sondern weil vorrangig* keinen Kapitalismus wollten, der sie enteignete.

*Zu guter Letzt vollzieht Scott noch eine schleimige Idealisierung von Kleinunternehmen und Ladeninhaber*innen, - weil diese eine so wichtige soziale Funktion hätten – und lobt die Innovationskraft von prekären Selbstunternehmer*innen. Dabei können von mir aus wirklich alle einen Laden aufmachen, wenn sie wollen – dies als Ideal für eine freiere und gleichere Gesellschaft im Kapitalismus hinzustellen ist jedoch völliger Quark. Und für alle radikaleren Bauernbewegungen ist es ein Hohn, weil sie nicht für ihr jeweiliges* Privateigentum *kämpfen, sondern damals wie heute für die Aufhebung der Eigentumsverhältnisse eintreten, die ihnen eben den Boden vorenthalten, von dem sie sich ernähren könnten...*

[6] *Nur um Missverständnisse zu vermeiden: Es geht hier nicht um den sogenannten „Mittelstand", das heißt jene Besitzenden, die sich in völliger Verzerrung der Tatsachen als „Mitte" der Gesellschaft ausgeben, um niedrigere Steuern zu zahlen, gewählt zu werden und die enorme Ungleichheit der Eigentumsverhältnisse zu verschleiern. Die Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung ergibt für das Jahr 2007 (!) folgende Vermögensverteilung für die BRD: Die unteren 50% der Bevölkerung besitzen 1,4% des gesamten Vermögens, die obersten 10% 66,6% und davon die obersten 1% 35,8% des gesamten Vermögens.*

ger*innen laufen bei Pegida und sind das Volk. Manche wählen AfD, andere SPD. Kleinbürger*innen „können nicht klagen“ sondern nur meckern. Sie putzen sonntags ihre kleinen Autos, achten darauf, dass das Besteck ordentlich im Schubfach liegt und lassen die Frau/den Mann grüßen. Kleinbürger*innen heben naserümpfend den Müll neben dem Papierkorb auf und werfen ihn dann rein. Sie zahlen zu viele Steuern, schimpfen aber, wenn das Schwimmbad schließt, in welchem sie sich schon vormittags ein kleines Plätzchen mit dem Handtuch reserviert haben. Sie haben einen Gartenzwerg vor ihrem ganz bescheidenen Häuschen oder im Schrebergarten, dem kleinen privaten Glück. Kleinbürger*innen gehen regelmäßig zur Arbeit und haben Angst, das die Rente nicht reicht. Veränderungen, Andere, die Euro-Bürokratie und Kommunist*innen machen ihnen Angst... Dieses Kleinbürgertum zu einem integrierenden Bestandteil der sozialen Revolution zu organisieren wäre tatsächlich eine beachtliche Leistung! Nebenbei bemerkt wäre dies auch unerlässlich, hätte man den Anspruch, die Gesellschaft grundsätzlich zu verändern ohne Menschen in Arbeitslager zu sperren.

Anarcho-kommunistische Einwände und Umgangsmöglichkeiten mit dem Kleinbürger*innen-Vorwurf aufgrund divergierender Grundannahmen

Um mit den Vorwürfen von Marx, die im Verlauf der Geschichte gegen Anarchist*innen generell erhoben wurden, umzugehen, fallen mir vier Möglichkeiten ein: a) Ich könnte sie ignorieren. Das finde ich etwas billig. b) Ich könnte sie ablehnen, Marx selbst die Kritikfähigkeit absprechen auf seine eigene sozioökonomische Position, deren ideologische Konsequenzen und dem daraus folgenden Autoritarismus verweisen, wie ich es oben schon teilweise polemisch getan habe. c) Ich könnte irgendwie vermitteln und mich rechtfertigen wollen, indem ich einige interessante Hinweise aufgreife, aber die Tragweite der Kritik relativiere. Das wäre ein ziemlicher Taschenspieler*innen-Trick. Oder, d), ich könnte sie ernst nehmen und ihr etwas entgegensetzen. Letzteres wollte ich nun kurz versuchen. Habe dann aber gemerkt, dass ich doch auch ein bisschen c) und b) mache – widersprüchlich irgendwie...

Im Gegensatz zu Marx stammte Proudhon aus sehr einfachen Verhältnissen, aus denen er sich hocharbeitete und Schriftsetzer wurde. Damit war er Handwerker und kein Fabrikarbeiter (= Proletarier im marx'schen Sinne). Dennoch war er ernsthaft für sozial-revolutionäre Veränderungen in der entstehenden sozialistischen Bewegung engagiert. Seine gesellschaftliche Position hat selbstverständlich entscheidenden Einfluss auf seinen ideologischen Horizont und seine Subjektivität bedingt seinen Umgang mit den widersprüchlichen Verhältnissen, die er auch in sich selbst wahrnahm, aber nicht auflösen konnte. Seine Umgangsweise war stattdessen sich in diesen Widersprüchen zu bewegen und sie zu Paradoxen auszuarbeiten.

Ich meine nun Erstens: Anarchistisches Denken entsteht gerade in den Zwischenräumen, das heißt dort, wo sich verschiedene Milieus und Erfahrungswelten überschneiden und vermittelt werden. Wenn es darum gehen soll, die Gesellschaft insgesamt zu verändern, dem schreienden Elend in ihr ein Ende zu machen, müssen zunächst einmal die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass alle Menschen stabile und gesicherte Grundlagen haben, um ein Leben in Würde führen und eigene Lebenspläne verwirklichen zu können. Aktivist*innen, die aus verschiedenen Gründen ihre soziale Herkunft oder Heimat hinter sich gelassen haben, können ein Bewusstsein für ihre soziale Gruppe entwickeln, ihre Interessen artikulieren und vermitteln. Sozial-revolutionäre Veränderungen verlangen jedoch (nach anarchistischem Denken) stets, dass die Betreffenden Veränderungen wollen. Das ist ja gerade Marx Problem mit dem Kleinbürgertum. Wer sich revolutionär engagiert wird aber zwangsläufig auch seine (vielleicht relativ privilegierte) soziale Position verlangen, da revolutionäres Engagement nie mit gesellschaftlicher Anerkennung in Form von Geld einhergeht.

Zweitens gehe ich davon aus, dass sozial-revolutionäre Bestrebungen in Gruppen aufkommen, wo Menschen aus ihrem Milieus herausfallen. Das betrifft Menschen, die zu Proletarier*innen gemacht werden („Proletarisierung“), Migrant*innen, deklassierte Intellektuelle, von Marx sogenannte „Lumpenproletarier“ (Prostituierte, Kleinkriminelle, Leiharbeiter*innen), Bohémians, queere Personen usw. Neben der in der Regel ökonomischen Prekarität findet also auch eine Entwurzelung und Entfremdung statt. Diese könnte als sozial-kulturelle Prekarität bezeichnet werden: Gruppen von Menschen kommen in ihren Umgebungen nicht zurecht, weil ihre alten Gemeinschaften zerfallen sind und sie in den neuen nicht akzeptiert werden. Wichtig ist hierbei der *Prozess des Herausfallens* und (durch Kriege, Armut, Umweltzerstörung usw.) Entwurzelt-werdens, also eine Verschlechterung des Status und massive Verunsicherung, welche zu einer problematischen Wahrnehmung ihrer doppelt prekären Situation führen. Denn auch Sozialhilfe-Abhängige, prekäre Intellektuelle oder Künstler*innen können sich in ihren Situationen einrichten oder sie sogar als Lifestyle abfeiern. Diejenigen, welche begreifen, dass auch andere in ihrer persönlichen Situation sind, diese aber nicht verschuldet oder durch Gott gegeben ist und die deswegen für ein besseres Leben kämpfen wollen, schließen sich zusammen um sich gegenseitig zu helfen oder organisieren sich sogar im engeren Sinne politisch.

Drittens ist es anarchistische Annahme, dass radikale Kritik und Politik von verschiedenen gesellschaftlichen Positionen aus möglich ist. Dies bedeutet nicht, die realen klassistischen Ungleichheitsverhältnisse zu relativieren, sondern sie im Gegenteil ernstzunehmen. Solche Kritik setzt vieles voraus: ein Gerechtigkeitsempfinden, aufgrund dessen Menschen aufbegehren (= Gleichheit als ethischer Wert), den subjektiven Willen zur Veränderung, Zeit sich zu organisieren, Bildung um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verstehen und sie grundlegend verändern zu können, soziale Kontakte zu Mitstreiter*innen und darauf aufbauende Erfahrungen in politischen Auseinandersetzungen. Zu diesen Voraussetzungen Zugänge zu öffnen und Ressourcen für jene umzuverteilen, die eine Sehnsucht nach emanzipatorischen Veränderungen haben, ist eine revolutionäre Tätigkeit. Umgekehrt ist eine bestimmte soziale Positionierung keineswegs ein Garant für bestimmte politische Einstellungen, Handlungen und Interessen. Was die Interessen angeht, lassen sie sich weder „objektiv“ beschreiben, geschweige denn verordnen, noch auf die ökonomische Dimension reduzieren. Stattdessen ist von einer tatsächlichen Widersprüchlichkeit der Interessenlage auszugehen: Jemand kann rechts sein *und* für die Homoehe, den Kapitalismus gut finden *und* einen so-

zialen Ausgleich fordern, islamisch sein *und* nicht patriarchal orientiert, eine großbürgerliche Herkunft haben *und* Marxist*in sein usw. Widersprüche sind also haufenweise gegeben. Wenn die Aufgabe von Aktivist*innen darin besteht, für verschiedene Gruppen eine Bewusstseinsbildung zu ermöglichen und sie in einem sozial-revolutionären Projekt zusammen zu bringen, kann dies entweder autoritär geschehen, indem alles auf einen Hauptwiderspruch (z.B. zwischen Arbeit und Kapital) reduziert wird, wofür es dann *genau einen* richtigen Lösungsweg gäbe, der sich mit *einer* (z.B. „wissenschaftlich-dialektischen“) Analyse herleiten lässt. Oder: Die Aktivist*innen gestehen verschiedenen (potenziell revolutionären) Gruppen und Personen zu, weiterhin unterschiedliche Ansichten, Interessen, Stile, Politikformen usw. haben zu können – ohne das sie deswegen alles gleichermaßen gelten lassen und gut oder egal finden. *Von ihren verschiedenen Positionen aus*, sollten sie sich dann emanzipieren und selbst ermächtigen, wozu sie selbstverständlich vernünftige Inputs erhalten können. Das wäre meiner Ansicht nach der anarchistische Weg.

Vorschläge, was getan werden könnte

Es bleibt kompliziert mit den Kleinbürger*innen. Welche Vorschläge zum Umgang mit dem bisher Beschriebenen können entwickelt werden? Gerade wenn die globale Dimension hineingenommen wird, ist schnell unklar, ob die*der Proletarier*in bei Volkswagen sich nicht doch soweit einrichten, absichern und arrangieren konnte, das sie*er nicht auch – mindestens kulturell - kleinbürgerlich ist verglichen mit Menschen, die nach Europa fliehen und oft nicht viel mehr haben als ein smartphone - mit welchem sie jedoch mit ihrer community in Kontakt treten können. Umgekehrt träumen viele Flüchtende meist wohl weniger vom großen Geld, als davon, selbständig einen kleinen Shop aufzumachen – nicht jedoch illegal in deutschen Schlachthöfen oder auf spanischen und italienischen Feldern arbeiten zu müssen...

Klar ist, dass die sozio-ökonomische Herkunft eines Menschen seine Wahrnehmung von Widersprüchen und seine immer von Ideologien gefärbtes Denken über sie entscheidend prägen. Hinzu kommt aber meiner Ansicht nach, dass die Umgangsmöglichkeiten und -formen mit diesen auch sehr stark von subjektiven Faktoren beeinflusst wird. Grundlegend trifft Marx' Kritik zu, dass ein Denken in Paradoxien sich zur Aufgabe macht, sich in Widersprüchen zu bewegen und mit diesen etwas zu machen, ohne sie deswegen grundsätzlich aufzuheben. Sie nicht radikal aufheben zu wollen, wäre reformistisch. Sie mit begrenzten politischen Möglichkeiten nicht in vollem Umfang aufheben zu können, bedeutet einen realistischen Blick auf tatsächlich stattfindende sozial-revolutionäre Prozesse und die eigene Handlungsmacht – welche selbstverständlich ausgeweitet werden kann. Meiner Ansicht nach ermöglicht dies erst im Konkreten Herrschaftsverhältnisse anzugreifen, abzubauen und sich von ihnen wegstrebend zu organisieren. Und dies ist sozial-revolutionär, im Sinne einer strukturellen Erneuerung der Gesellschaft aus dem Bestehenden heraus in der Doppelbewegung von Ablehnung und Angriff auf die herrschaftlichen Strukturen einerseits bei gleichzeitigem Aufbau und Ausbau als emanzipatorisch erachteter sozialer Beziehungen und hierarchiefreier, selbstverwalteter Institutionen andererseits. Um in emanzipatorischer Hinsicht überhaupt handlungsfähig werden zu können, sind Widersprüche auszuhalten. Davon ausgehend, können sie jedoch auch aufgezeigt und Konflikte selbstbestimmt aufgemacht werden, um Herrschaftspositionen mit einer organisierten Gegen-Macht zu konfrontieren.

Zum Schluss möchte ich noch mal auf die knappe Aussage von Marx zurückkommen, das Kleinbürgertum könne ein integrierender Bestandteil der sozialen Revolution sein: Dies ernst zu nehmen bedeutet in keiner Weise zu behaupten, „wir alle“ beginnen nun die Revolution gegen „die da oben“. Entscheidend ist, die sozialen Positionen und die damit unweigerlich verknüpften ideologischen Muster zu verstehen, in denen Menschen insgesamt und man selbst jeweils steckt – eben um ihre Potenziale zu nutzen und sich gleichzeitig davon befreien zu können. Wenn es für eine grundlegende Gesellschaftsveränderung im emanzipatorischen Sinne immer viele und verschiedene Gruppen von Menschen braucht, ist darüber hinaus eine strategisch wichtige Frage, inwiefern links-emanzipatorische Ansätze zwar einerseits proletarisierte und gut-bürgerliche Positionen mitbedenken, jedoch tatsächlich kaum Milieus einbeziehen, die als „kleinbürgerlich“ zu bezeichnen sind. Warum gegen den Extremismus der Mitte nicht mal mal offensiv einen Anarcho-Kommunismus der Kleinbürger*innen ins Feld führen? Selbstverständlich nicht im Sinne einer verkürzten und beschränkten Kritik und als ein Ansatz neben anderen. Vor allem nicht stellvertretend für die hart proletarisierten und ganz unmittelbar entwürdigten Gruppen. Denn eine Revolution, die Bürger*innen machen, wird immer eine bürgerliche Revolution sein, wenn sie sich nicht ausweitet. Kleinbürger*innen sind jedenfalls nicht das Problem, sondern die widersprüchlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie hervorbringen; in denen sie nach oben aufblicken oder dieses verachten und nach unten treten oder sich mit ihm solidarisieren können.

Ironisches Ende: Irgendwie kommt mir die Werbekampagne des Handwerksverbandes in den Sinn. Warum klingt es *nicht* anarchistisch, wenn die plakatieren: „Nimm deine Zukunft in die Hände“ und „Alles was nicht von Händen geschaffen wurde, wurde von Maschinen geschaffen, die von Händen geschaffen wurden“? Ach ja, is ja immer noch Kapitalismus. Und außerdem noch rassistisch: „Qualität kommt nicht aus Dam Ping“.

Anzeige

1917 – Inspiratiosquelle oder Forschungsgegenstand?

Zu den „Gedankensplittern“ von Jens Störfried („100 Jahre rote Mythologie – Einige Gedankensplitter zum Jahresabschluss“)

Jens Störfried veröffentlichte in der Gai Dao Nº 84 einen Beitrag zum 100. Jubiläum der Russischen Revolution der neben den üblichen Lobeshymnen auf die guten Anarchist*innen und Verdammungen der nichtguten Nichtanarchist*innen eine Kritik an meinen Beitrag aus der Zeitschrift „Prokla“ beinhaltet. Weniger diese Tatsache, vielmehr der Grad der Sachkenntnisse, die Qualität der Argumente und das Niveau der Vorwürfe meines Kritikers hat mich veranlasst eine Antwort zu schreiben.

★ *Von: Ewgeniy Kasakow*

Meine Kritik an der Gegenüberstellung von der „authentisch-revolutionären“ Bewegung „von unten“ und der „autoritären Avantgarde“ in der linken Rezeption, scheint ihre Adressaten nicht verfehlt zu haben. Jens Störfried protestiert energisch gegen das Infragestellen von über Jahre liebgewordene Mythen, leider hat er den Argumenten wenig entgegenzusetzen, außer (sicherlich sehr ehrliche) moralische Entrüstung, hartnäckige Wiederholungen und den Versuchen, seinen Kontrahenten ins falsche Licht zu rücken.

Um sich der Kritik zu entledigen, versucht Störfried meine Kritik an einer Seite in eine Apologetik der anderen Seite umzudeuten. Sicher halte ich die Politik der Bolschewiki für „erklärlich“ bzw. für erklärungsbedürftig, genau wie Politik aller anderen Akteure in allen anderen Epochen. Wer Erklärung mit Rechtfertigung gleichsetzt, dem bleibt nur, über Seiten seine ethische Empörung auszubreiten und alles auf die besonders perfiden Methoden der Bolschewiki zurückzuführen, wie es Störfried in seinem Artikel vormacht. Störfried musste schon einiges im Artikel überlesen haben, um daraus eine Stellungnahme für den Staat, den die Bolschewiki schließlich errichteten, zu machen und um mir ein Plädoyer für „eine Partei (im wahrsten Sinne des Wortes)“, die „an sich die Wahrheit gepachtet“ (wie auch immer es gehen soll) haben soll. Zumindest wäre es angebracht die Stelle in meinem Text zu zitieren, die Störfried als Plädoyer für Partei als Organisationsform sieht.

Auch wenn ich für Störfried nur ein „Anarchismuskritiker in Anführungsstrichen“ (also in Wirklichkeit doch gar kein Kritiker) bin, geht er auf die Kritik und die historischen Belege dafür gar nicht ein. Hundert Jahre nach der Oktoberrevolution könnte man auch einen Blick auf die Forschungsergebnisse der akademischen Wissenschaft werfen – selbst wenn die Schlussfolgerungen davon Anarchist*innen selten gefallen (außer es werden Lenin und Bolschewiki verurteilt – dann natürlich schon!), aber immerhin wird dort mit Quellen gearbeitet, die noch vor 20 Jahren unzugänglich waren. Aber wozu sich die Mühe machen, wenn es doch die paar kanonisierte anarchistische Klassiker gibt, die man bei jedem Anlass bequem zitieren kann. Da diese Autor*innen häufig eher aufgrund ihrer korrekten ethischen Einstellung, als aufgrund systematischer Analysen oder praktischen politischen Erfolge geschätzt werden, verbietet sich ein historisierender Blick für einen aufrechten Gesinnungsanarchisten von selbst. Wenn solche erfrischend neue Ideen wie „Freiheit gut, Diktatur schlecht“ im Spiel sind, entfallen Hinweise darauf, dass für Emma Goldman Russland nach jahrzehntelangem Exilleben ein fremdes Land geworden ist, in dem sie sich neu orientieren musste, dass Autodidakt Rudolf Rocker sich gerne zu philosophisch-historischen Verallgemeinerungen von zweifelhafter Konsistenz verstieg, sowie sich noch 1919 positiv auf „Rätediktatur“ berief und Arschinow im Exil mit dem sowjetischen Geheimdienst im Kontakt stand. Während in Bezug auf den Spanischen Bürgerkrieg auch anarchistische Autor*innen inzwischen dazu übergegangen sind, nicht nur Deklarationen und Erinnerungen von damaligen Anarchist*innen, sondern auch die Dokumente ihrer realer Praxis zu Kenntnis zu nehmen, hinkt die Rezeption der Russischen Revolution da deutlich hinterher. Aber was soll man auch erwarten: im Jubiläumsjahr begnügen sich manche linke Presseorgane damit, einfach ihre Artikel von 1987 nachzudrucken. Scheinbar ist seit dem nichts Neues über 1917 rausgefunden worden.[1]

Es mag paradox erscheinen, aber während die akademische („bürgerliche“) Geschichtsforschung mit dem Totalitarismusbegriff deutlich vorsichtiger und differenzierter umgeht als zur Zeiten des Kalten Krieges, benutzen die anarchistischen Autor*innen diesen häufig gerade zu inflationär. 1917-1918 waren die Bolschewiki sehr weit davon entfernt die monolithische Partei zu sein, als die sie spätere sowjetische Historiographie und noch mehr Popularkultur (Filme, Romane) darstellte.[2] Was den sowjetischen Staat angeht, so existierte bis Mitte 1918 eine faktische Autonomie der Sowjets vor Ort, was übrigens nicht bedeutete, dass deren Politik in Bezug auf wirkliche oder vermeintliche Feinde milder ausfiel, als die des Zentrums.

[1] *Vgl.: as: Russischer Anarchismus und die Revolution von 1917 // Graswurzelrevolution. 2017/423 <http://www.graswurzel.net/423/1917.php>; 100 Jahre Russische Revolution Rückblick auf einen unverzeihlichen Fehler // GegenStandpunkt. 2017/2. <https://de.gegenstandpunkt.com/publikationen/zeitschrift/gegenstandpunkt-2-17>*

[2] *Critical Companion to the Revolution 1914 - 1921 / Ed. by E. Acton, V.Yu. Cherniaev, W.G. Rosenberg. London, 1997, 2001. Dort vor allem die Beiträge von Robert V. Daniels und Robert Service.*

Störfried scheint auch einiges durcheinander zu bringen, wenn er unter der Aufzählung von Lenins Gräueltaten „Enteignung des Bodens“ gleich neben „Errichtung des Staatskapitalismus“ nennt. Boden wurde ab Sommer 1917 von den Grundherren enteignet – durch die Bauern*Bäuerinnen, mit tatkräftiger Beteiligung solcher Anarchist*innen wie Nestor Machno und Applaus seitens der Bolschewiki. Die Differenzen, um die es unter anderem in meinem Text ging, fingen an, als die Frage aufkam, wer und wie über die Produkte der Bodenbearbeitung verfügen sollte. Die Einführung des „Staatskapitalismus“, womit wohl die „Neue Ökonomische Politik“ gemeint sei, geschah 1921 als ein erzwungenes Zugeständnis an die Forderungen der Bauern*Bäuerinnen und auch der Kronstadter Matros*innen – also der Kräfte, die Störfried so feiert. Auf die Probleme, die das zuvor herrschende Modell des „Kriegskommunismus“ mit sich brachte, wird in meinem Text ausführlich eingegangen, deswegen wäre es überflüssig es an diese Stelle zu wiederholen.

Angriff bolschewistischer Truppen auf Kronstadt im März 1921

Ebenso die Argumente zu den Räten, wo ich Störfried und andere Interessierte auf die vor einigen Jahren geführte Diskussion in der Zeitschrift „Grundrisse“ verweisen kann.[3] „Die Anhänger des Rätesystems“ hielten (und halten) die Gründung der Räte für einen Ausdruck „der sozialrevolutionären Einsichten“, daraus resultiert ihre aufrechte Fassungslosigkeit, wenn die real existierenden Räte sich für etwas ganz anderes entschieden haben, als es ihnen in ihren Theorien vorschwebte. Erfahrungsgemäß hält linke und anarchistische Begeisterung für die „Autonomie“ sozialer Bewegungen meist nur solange, wie diese Bewegungen kompatibel zu ihrem Programm handeln. Störfried könnte sich auch die Mühe machen, sich anzuschauen, wie sich die Sowjets dort entwickelt haben, wo es ihnen gelang die Kontrolle der Bolschewiki abzuschütteln – „Zentralkaspische Diktatur“ in Baku, Aufstände in Aschhabad, Ischewsk und Wotkinsk wären nur die bekanntesten Beispiele. Lehrreich wäre auch die Einsicht in die Protokolle von Räten vor Oktober 1917. Was würde wohl Jens Störfried von den Kronstadter Matros*innen halten, wenn er wüsste, dass sie dafür plädierten Trunkenheit mit Verschickung an die Front (des Ersten Weltkrieges) zu bestrafen oder von den Arbeiter*innen, die aufgeregt über das „Problem der gelben Arbeit“ (koreanische und chinesische Arbeitsmigrant*innen) diskutierten?[4] Würden ihm die politische Kräfte, die der „autonomen“ Bewegung qua Agitation Internationalismus nahezubringen versuchten womöglich doch näher, als die spontane Bewegung? Doch das wäre wesentlich weniger bequem, als in ihrer Abstraktion immer wohlklingenden Parolen wie „Prozesse differenziert betrachten“, „teilnehmen und in emanzipatorische Richtung zu weisen“, „schrittweise Veränderungen während längerfristigen Organisierungsprozessen“, „Marxismus schöpferisch weiterentwickeln“ – ach ne, das Letztere stammt nicht von Jens Störfried. Als ob jemand hartnäckig leugnen wurde, dass man Prozesse (ob revolutionäre, konterrevolutionäre oder reformistische) differenziert betrachten sollte, als ob es jemanden gäbe, der die Richtung, in die er weist, nicht für die bessere hält.

Leider versteckt sich Jens Störfried hinter einem Zaun aus zahlreichen Zitaten anarchistischer Klassiker und geht nicht wirklich auf die geschilderte historische Situation ein. Denn wir reden hier von einer Zeit, wo von allen Akteur*innen schnelles Handeln gefordert wurde. Wie stellt sich Störfried „gemeinsame Verhandlungsprozesse“ über Vor- und Nachteile verschiedener Eigentumsformen angesichts akuter Hungersnot vor? Wie waren die Reaktionen der Anarchist*innen und anderer revolutionären Parteien auf die Welle der sogenannten „Weinpogrome“ (Plünderungen der Spirituosenläden und Lagerhallen mit medizinischem und technischem Alkohol) die im November-Dezember 1917 über das Land rollte? Mit der Lynchjustiz gegenüber aus den Gefängnissen freigelassenen Kriminellen? Welche „langfristige Organisierungsprozesse“ sind angesichts einer militärischen Auseinandersetzung möglich? Wie verhält sich die These vom Staat als „Verteidiger des Privilegiums“ angesichts der Proteste der Facharbeiter*innen gegen bolschewistische Versuche flächendeckend gleichen Lohn einzuführen oder Aufstände der Kosak*innen gegen die staatliche Aufhebung ihrer ständischen Vormacht gegenüber Bauer*innen? Wodurch unterschieden sich die Räte von 1917-1918 von den parlamentarischen Organen? Warum wurde der Glaube vieler Sozialist*innen an das revolutionäre Potential der Unterdrückten und Ausgebeuteten erst bestätigt und dann erschüttert? Welche Schlüsse zogen sie daraus?

Bei der Kritik an der bolschewistischen Theorie und Praxis genügt es Störfried (und leider vielen anderen anarchistischen Autor*innen) festzustellen, dass die Partei, die im Namen von „Werktätigen“, „Arbeiterklasse“ und manchmal schlicht „Volk“ handelte, immer wieder diese viel gelobten und sagenumwobenen Gruppen mit Repressionen überzog. An diese Beobachtung anknüpfend, würde es Sinn ergeben, die Fragen vorzulegen, wie Lenin zu seiner Theorie der Partei als Trägerin der Wahrheit kam, was stimmte an seiner theoretischen Analyse und was nicht etc. Es scheint aber, als würde Jens Störfried nicht so sehr der Inhalt der Theorie, sondern deren Wahrheitsanspruch stören. Das „Absprechen von theoretischer Berechtigung“ ist

[3] *Ewgeniy Kasakow: Verklärt & Vergessen: Die Räte und ihre Macht // Grundrisse 2013/45. S. 25-27.; Ders.: „Tendenz zeigt Tendenz“ – eine Replik auf die Kritik von Roman Danyluk und Stefan Junker // Grundrisse 2014/50. S. 43-49.; Stefan Junker: Die Eroberung der Demokratie // Grundrisse. 2013/45. S. 15-24.; Roman Danyluk: Rising up angry - Ein Einwurf zur Rätediskussion // Grundrisse 2013/46.S. 4-6. Zur Neuauswertung der linken Rätedebatten siehe auch: Hermann Lueer: Kapitalismuskritik und die Frage nach der Alternative. 2. überarbeitete Auflage. Moers, 2015*

[4] *Kronštadskij sovet v 1917 godu. Protokoly i postanovlenija. T. 1: Mart-ijun' 1917 g. St. Petersburg 2017.; Konstantin Tarasov: Soldatskij bol'ševizm. Voennaja organizacija bol'ševikov i levoradikal'noe dviženie v Petrogradskom garnizone (fevral 1917 g. –mart 1918 g.). St. Petersburg, 2017.*

was anderes als Unterdrückung der Kontrahent*innen mit administrativ-politischen Mitteln. Das Streben nach theoretischer Klarheit ist kein Freischein dafür, diejenigen, denen man Fehler nachweist, mundtot zu machen.

Die Behauptung, die Anarchist*innen würden „ihre politischen Ziele nicht erzwingen“, sondern sie „in der Auseinandersetzung mit allen anderen erreichen“, wird bei Störfried um einen wichtigen Zusatz mit denen „die bereit sind sich in gemeinsame Verhandlungsprozesse zu begeben“ ergänzt. Das ist ein Dilemma – einerseits möchte man die Anarchist*innen als besonderes konsequente Revolutionäre darstellen, andererseits als besonders humane. Dabei kommt man leicht in Verlegenheit. Denn dass es 1917 die Bauern*Bäuerinnen wenig interessiert hat, ob die nun ohne staatlichen Schutz stehenden Bodeneigentümer*innen sich mit denen in Verhandlungsprozesse zu begeben bereit sind, das wird auch Störfried dämmern. Wie der Verhandlungsprozess des anarchistischen Matrosen Anatoli Schelesnjak mit der Konstituierenden Versammlung ausfiel, ist in alle Geschichtsbücher eingegangen – ausnahmsweise können die Anarchist*innen sich nicht beschweren, dass sie in der Geschichtsschreibung nicht vorkommen. In den Räten wurde nicht nur „verhandelt“, es fielen Mehrheitsentscheidungen. Selbstermächtigungen von Gruppen mit gegensätzlichen Programmen verlief – wenig überraschend – nicht ohne Erzwingen der politischen Ziele.

Die theoretischen Differenzen bekamen sehr schnell ganz praktische, oft blutige Dimension und für alle diejenigen, die meinen, Bewegung sei immer wichtiger als die Klärung theoretischer Fragen, liefert diese historische Erfahrung eine eindringliche Warnung. Auch ist es schwer, aus den Ereignissen von 1917 und den folgenden blutigen Bürgerkriegsjahren ein Lob der Selbstermächtigung und Selbstorganisation an sich abzuleiten. Selbstorganisierter Schwarzmarkt lässt sich nur schwer als ein Schritt zu irgendwelchen Sozialismusformen interpretieren, ebenso Forderungen nach Freihandel mit Lebensmitteln, auch wenn sie aus den Räten kommen. Wie alle anderen politischen Kräfte verglichen die Anarchist*innen die „schöpferische Betätigung der Massen“ mit eigenen politischen Zielen. Oft projizierten die revolutionären Parteien ihre Forderungen in die „Massen“, was bald zu Enttäuschungen führte. Wie alle andere Kräfte, waren sie darauf angewiesen, dafür zu agitieren, dass „die Massen“ sich in ihrem Sinne „schöpferisch betätigen“. Der faktische Wegfall von einem staatlichen Gewaltmonopol ermöglichte tatsächlich „allen Kräften im Volk“ sich für die Durchsetzung ihrer Ziele mit Waffengewalt einzusetzen und der Bürgerkrieg dauerte solange, bis sich eine Seite wieder das Gewaltmonopol aneignete. Um ihre Ziele umzusetzen waren auch Anarchisten darauf angewiesen, in den von ihnen zeitweilig kontrollierten Gebieten ein Gewaltmonopol herzustellen. Faktisch agierten Anarchist*innen in den von ihnen kontrollierten Gebieten als politische Gewalt, auch wenn sie keinen neuen Staat organisieren wollten. Die Gegenüberstellung zu den Bolschewiki, die laut Störfried, den „totalen Kommunismus als Staatsform“ einführen wollten (als ob es relativen Kommunismus geben könnte) funktioniert nur bedingt. Mir ging es nicht darum heute über sie von moralischer Warte aus zu urteilen, sondern gegen ein ideologisiertes und idealisiertes Geschichtsbildvorzugehen.

Ich bin auch nicht der Ansicht, dass ich mit meinem Artikel versucht habe „anarchistische Prinzipien“ zu widerlegen. Allein schon deswegen, weil sich Prinzipien – anarchistische oder monarchistische, liberale oder faschistische – nicht widerlegen lassen. Sie lassen sich auch nicht beweisen. Wenn sich jemand fest vorgenommen hat, die Macht eines Monarchen als gottgewollt zu akzeptieren, Föderalismus als per se was Besseres als Zentralismus zu betrachten und alles, was daran Zweifel aufkommen lassen könnte zu ignorieren, dann ist es zwar borniert, aber so sind halt die Prinzipien. Störfried sagt ja auch ganz offen, dass er Theorien nur dann gelten lässt, wenn sie seine Prinzipien nicht anfassen, das heißt es sind Dogmen im eigentlichen Sinne des Wortes. Sie stehen theoretisch schlicht nicht zur Diskussion, bedürfen daher auch keinen Beweis und sind durch diese Haltung vor jedem Zweifel geschützt. Das Störfried Theorien daran sortiert, inwiefern sie eine sowieso für gut befundene Praxis ermöglichen und sich darin sehr undogmatisch vorkommt – dieser Punkt eint gerade ihn und nicht mich, dem Adressaten seiner Kritik, mit den KPs des untergegangenen Realsozialismus. Wahr sei, was politisch nutzt, was Wirkmächtigkeit schafft. Insofern sind seine Überlegungen zur der Russischen Revolution nichts weiter als ein mobilisierender Mythos.

Kundgebung eines "Arbeiter- und Soldatenrats" 1917

Die anarchistische Bewegung in der Russischen Revolution hat es nicht nötig, dass man heute für sie „Legitimität erzeugt“, schon gar nicht mit einer Mischung von ethischen Dogmen, historischem Halbwissen und Heldenkult. Sie entfaltete beachtliche Wirkung und machte Anarchismus, freilich nur für kurze Zeit zu einem wichtigen Faktor. Es braucht sorgfältige Erforschung ihrer Erfolge und Niederlagen, ihrer Akteure und historischen Milieus die sie hervorbrachten. Die Analysen an den noch so antiautoritären Zielvorstellungen ausrichten, wie es Störfried macht, ist kein Beitrag dazu.

Einige Anmerkungen zur Anarchist Liberation Army

In der Gai Dào Nº 85 (Januar 2018) erschien ein Interview mit der Anarchist Liberation Army (ALA), welche dort ihre Ansichten über den derzeitigen Stand des (un)organisierten Anarchismus und ihre Strategien zur Verbesserung der Situation darlegten. Wir möchten dies zum Anlass nehmen, ein paar Worte an die Genoss*innen der ALA, wie auch die allgemeine Leser*innenschaft der Gai Dào zu richten.
Denn obwohl wir es begrüßen, wenn Anarchist*innen das Konzept des Plattformismus wieder entdecken und dieses auch in die Diskussion bringen, scheint uns der Ansatz der ALA doch insgesamt von krassen Gegensätzen und nicht miteinander zu vereinbarenden Widersprüchen geprägt zu sein.

★ *Von: Redaktion Tsveyfl*[1]

Die Heterogenität in der ideologischen Einheit
Besonders deutlich wird das anhand des Verständnis, oder besser der Verständnisse der ALA vom Plattformismus. Völlig zu Recht steht hier als eigener Punkt die ideologische Einheit. In einer Version ist er versehen mit dem Zusatz: „Ideen und Ideale einer Gruppe sind klar, auch in Detailfragen, und alle Mitglieder halten sich daran."[2] In ihrem Magazin Neue Militante Form (NMF) schreiben sie unter demselben Punkt lediglich: „Identifikation mit den politischen Zielen der Gruppe."[3] Der Unterschied, der auf den ersten Blick vielleicht banal wirken mag, ist letztlich einer ums Ganze, stellt er doch die Abkehr vom Plattformismus dar.

Zwar werden sowohl im NMF, als auch in dem Interview mit der Gai Dào wichtige Punkte genannt, die es zu ändern gälte; z.B. die Cliquen-Struktur der „Szene", zum Problem wird dabei jedoch erklärt, dass diese Cliquen in sich homogen wären und keine Widersprüche aushalten würden. Das Heilmittel der ALA, das sie an verschiedenen Stellen immer wieder argumentativ ins Feld führt, ist die Heterogenität.

Dass die Kleingruppen oft extrem heterogen sind, es in den meisten A-Gruppen, FAU-Sektionen, Kollektiven usw. über alles Mögliche kontroverse Diskussionen gibt, die teilweise zur Lähmung, Spaltung oder Resignation führen, scheint an der ALA vorbeigegangen zu sein. Schaut man sich die anarchistische Szene[4] an, ist nicht viel davon zu sehen, dass die Gruppen „ideologiefixiert"[5] wären. Ein Abgrenzungsbedürfnis nach Außen und die pauschale Ablehnung bestimmter Handlungen (wählen gehen z.B.) sind zwar offenkundig vorhanden; es gibt auch eine gewisse Homogenität in Habitus und Kleidung (wer nicht autonom genug aussieht sollte sich hüten ins nächste AZ zu gehen), jedoch sind das keine Probleme die aus Streitigkeiten verschiedener Strömungen erwachsen, wie es die ALA darstellt. Diese Phänomene sind vielmehr die Konsequenz aus einer mangelhaften oder gar nicht vorhandenen gemeinsamen theoretischen Basis. Das weitgehende Fehlen einer ausdefinierten inhaltlichen Basis macht die Abgrenzung nach Außen für den Gruppenerhalt umso nötiger. Dies geht zum Teil so weit, dass darauf verzichtet wird, die eigenen Inhalte zu verbreiten, wenn z.B. parteinahe Stiftungen oder Gewerkschaften an der Finanzierung beteiligt sind. Die von der ALA skizzierten Beispiele, an denen die ideologischen Trennlinien verlaufen würden (Syndikalismus/Veganismus, Kommunismus/Individualismus), sind dagegen kaum existent. Vielmehr ist der Anarchismus ideologisch so weit heruntergewirtschaftet worden, dass er zu einem inhaltsleeren Ausdruck verkommen ist, den jede*r selbst irgendwie füllen muss – wenn es gut läuft spielt anarchistische Theorie dabei eine Rolle, wenn es schlecht läuft beschränkt es sich darauf, Anarchismus als Ausdruck des eigenen Verhaltens zu begreifen.

Dies führt dazu, dass in den verschiedenen Gruppen, gleich ob sie sich nun einer bestimmten Richtung zugehörig fühlen oder nicht, enorm unterschiedliche Ideen und Ideologeme aufeinandertreffen. Alles reklamiert dabei für sich, anarchistisch zu sein.

Das Problem der anarchistischen Szene ist also weniger ihre ideologische Homogenität, als eine schier grenzenlose Heterogenität. Gerade diese ideologische Heterogenität bedingt die Homogenität im Habitus. Wo eine klare inhaltliche Basis fehlt werden die äußeren Merkmale einer subkulturellen Szene um so wichtiger. Die Homogenität der Cliquen und ihr Abgrenzungsbedürfnis, das die ALA zurecht beklagt, sind eben nicht Folge ihrer Ideologiefixierung, sondern ihrer inhaltlichen Unbestimmtheit. Darum wird der Ansatz, den die ALA vorschlägt, die Situation in keinster Weise verbessern. Plattformistisch ist er zudem auch nicht. Was die ALA will, ist die Unterschiede der verschiedenen historischen Strömungen irgendwie vereinbar zu machen und unter dem einen großen Label

[1] *Wir danken Frederike Hildegard Schuh für Anregung, Kritik und Korrektur.*
[2] *Anarchist Liberation Army (ALA): Plattformismus – Was ist das? 2017. https://anarchistliberationarmy.wordpress.com/2017/08/22/plattformismus-was-ist-das/*
[3] *ALA: Plattformismus? Nie gehört! In: Neue Militante Form (NMZ) Nr. 1, 2017, S. 10.*
[4] *Zwar bedauern wir es, genau wie die ALA, dass von einer anarchistischen "Szene" gesprochen wird, erkennen jedoch an, dass dies den realen Verhältnissen entspricht. Jedes Geraune von einer "Bewegung" ist maßlose Selbstüberschätzung und damit völlige Verkennung des desolaten Zustands des Anarchismus im deutschsprachigen Raum.*
[5] *"Es geht schlicht um alles oder nichts. Deshalb müssen wir uns organisieren" Intervie mit der ALA. In: Gai Dào Nº 85, Offenburg 2018, S. 9.*

„Anarchismus“ zu sammeln. Das hat herzlich wenig damit zu tun, Ideen und Ideale, auch in Detailfragen, klar zu haben, aber sehr viel damit, irgendwie doch noch gesellschaftliche Relevanz haben zu wollen, und die klägliche Szene, die man hat, über den kleinsten gemeinsamen Nenner (irgendwas mit Antikapitalismus und Herrschaft) doch noch zur Bewegung aufbauschen zu können. Die Einheit in den Zielen (befreite Gesellschaft) enthält eben keinesfalls die Einheit der Mittel (Revolution/Reform/Syndikalismus/Parteistruktur etc.), wie diese denn zu erreichen seien – Einigkeit in den Ideen und Idealen, auch in den Details jedoch schon. Wäre dem anders, hätte es keine Spaltung der ersten Internationalen gegeben und die Welt wäre heute eine andere. Gedanklich bewegen sie sich mit der Ausblendung von Widersprüchen oder dem Wunsch diese fruchtbar zu machen, jedenfalls sehr nah am Synthetizismus. Der Plattformismus zielt ja nicht darauf die Widersprüche auszublenden, sondern eine einheitliche(re) Theorie des Anarchismus zu entwickeln.[6] Aus dieser kann sich dann auch erst die Einheit der Taktik und der weiteren Organisierung ergeben.

Handeln statt reden, schlagen statt Kaffee trinken

Um eine theoretische Grundlage geht es der ALA aber offensichtlich nicht. Ihr Ruf nach Heterogenität ist der Aufruf zur Zusammenrottung, um endlich auch mal so richtig auf den Putz hauen zu können. Letztlich geht es darum auch mal einen Mob bilden zu können weil „die“ Nazis ja „mittlerweile hochmilitarisiert“[7] seien. Den Antifaschismus der Linken findet die ALA zwar beklagenswert, da er inhaltsleer geworden sei, legt dann aber einen solchen Alarmismus an den Tag, als würde die Machtübernahme der Faschist*innen tatsächlich auf der Tagesordnung stehen, statt Inhalte für einen neuen Antifaschismus anzubieten. Zwar gibt es in vielen Teilen Deutschlands eine reale Gefahr von Nazis, Faschist*innen, Reichsbürger*innen usw. und es ist auch notwendig sich gegen diese zur Wehr zu setzen. Genau das macht aber die differenzierte Auseinandersetzung mit der Frage, ob es möglicherweise eine reale gesamtgesellschaftliche (nicht auf einzelne Zonen beschränkte) Gefahr von Rechts gibt und der Frage, wie die AfD zu bewerten ist, umso notwendiger. Damit will sich die ALA allerdings nicht aufhalten.[8] Wo die Notwendigkeit der Gewalt betont und die Analyse der Situation vernachlässigt wird, drängt sich nicht zufällig der Eindruck der Blutrünstigkeit auf. Für wen Gewalt an sich „nicht moralisch, sondern taktisch“[9] ist, hat sich auch davon verabschiedet, dass die Mittel der gesellschaftlichen Veränderung bereits deren Ziele im Blick haben müssen. Das offenbart sich auch an der Gleichsetzung von Faschist*innen mit Imperialist*innen, ohne auszuführen, was die einen oder die anderen sein sollen und woher die jeweils objektive Notwendigkeit der Gewalt herrühren würde, wenn nicht aus sich selbst heraus.[10] Nicht, dass es nicht moralisch legitime Gewalt geben könnte, sei sie um die Reaktion zu stoppen, sei

es für die Emanzipation. Diese erfordert aber immer eine Reflexion dessen, was Gewalt ist, gegen wen sie wann, wo, wie und warum eingesetzt wird.[11] Was die ALA stattdessen anbietet ist eine Projektionsfläche, um endlich wieder ein richtiger, ganzer Mann sein zu können. Hart, stark, berechnend, kühl, kalkulierend, unemotional und mit starrem Blick immer furchtlos voran. Darauf laufen die martialischen Phantasien, die Hetze gegen Schwäche und die damit

[6] *Was nicht heißt, dass es keine Widersprüche geben dürfte, sondern dass diese sich auf einer gewissen gemeinsamen Grundlage entfalten, die zwischen verschiedenen Strömungen zum Teil gar nicht vorhanden ist.*
[7] *ALA Interview wie Fn 4. S. 8.*
[8] *Beinahe schon überflüssig zu erwähnen, dass die Rechte auch keinesfalls homogen ist, die ALA jedoch pauschal alle als Nazis bezeichnet. Entsprechend wird die Diskussion über Begriffe wie Faschismus an anderer Stelle als geradezu lächerlich dargestellt, während voll Neid nach Rechts geschielt wird, wo "Nägel mit Köpfen gemacht" werden. Vgl.: ALA: Einfach mal quer durchpflügen. 2017. https://anarchistliberationarmy.wordpress.com/2017/08/22/einfach-mal-quer-durchpfluegen/*
[9] *Ebd.*
[10] *Ebd.*
[11] *Einen Tag nach Erscheinen des Interviews in der Gai Dào hat die ALA einen Text veröffentlicht, in dem die Ansätze zu einer Reflexion über Gewalt enthalten sind. Da diese aber nicht einmal eine richtige Neugier beinhalten, das eigene Handeln zu hinterfragen, bleibt die hier ausgeführte Kritik an der ALA davon auch unberührt. Vgl.: https://anarchistliberationarmy.wordpress.com/2018/01/09/guter-soldat-boeser-soldat-ueber-das-paradoxe-verhaeltnis-der-politischen-linken-zum-militaer/*
[12] *Vgl.: ebd. Auf nichts Anderes läuft das Gerede gegen Menschen die "jammern" und "nichts tun" hinaus.*
[13] *Offenkundig wird dieser auch, wo sie sich tatsächlich für theoretische Bildung aussprechen. Sie preisen das Werk von Sun Tzu und rufen zu dessen Lektüre auf. Problematisch ist jedoch, dass sie dies nur tun, weil sie meinen sein Werk auch ganz praktisch umsetzen und anwenden zu können. Theorie hat also nur eine Daseinsberechtigung, wenn sie konkret und handlungsweisend und eigentlich auch keine Theorie ist. Spannend wird, ob die ALA künftig, im Geiste Sun Tzu's, brennende Schweine gegen Polizeiketten einsetzen wird.*
[14] *Dass die ALA sich andauernd gegen Mackertum ausspricht ist dazu kein Widerspruch. Es wirkt vielmehr wie eine vorauseilende Abgrenzung um sich nicht selbst dem Vorwurf ausgesetzt zu sehen. Dazu passt auch, dass sich Mackertum für sie scheinbar auf Rumgeschreie bei Plenas reduziert. Das ist zweifellos unangenehm, erfasst aber nicht alle Facetten von Mackertum. Gerade aus Sicht der ALA und dem Bild vom starken, kontrollierten Mann, muss dieses Verhalten infantil wirken, da dort der echte Mann nur auf den Tisch haut, wenn es sein muss.*
[15] *ALA: Manchmal ist Straßenkampf notwendig. In: NMZ Nr. 1, 2017, S. 19ff.*
[16] *ALA Interview wie Fn 4. S. 7.*

verbundene Beschwörung der Stärke[12], sowie der virulente Antiintellektualismus[13] hinaus.[14] Da werden Bilder bemüht, wie sie aus den 1920er Jahren stammen könnten. Die verweichlichte Szene sitzt im Café oder trinkt Rotwein, redet und diskutiert, anstatt endlich (ganz männlich) die Sache in die Hand zu nehmen, aktiv zu sein. Bei der ALA lässt sich an der Stelle auch von Form auf Inhalt schließen; die ganze Ästhetik, die sie bemüht, ist eine martialische, die nur auf jene abzielt, die ihren Gewaltfetisch in ein politisches Mäntelchen kleiden wollen.

Den Widerspruch, den die ALA hier aufmacht, zwischen den Organisierten in Selbstverteidigungsgruppen und jenen die Rotwein trinken, statt zu kämpfen, erweist sich als Konstrukt um die eigene Härte zu untermauern. Die Selbstverteidigungsgruppen, für die die ALA auch eigens ein Konzept ausgearbeitet hat[15], wären zum einen wieder nur eine Art von Antifaschismus, der „nur reagiert“[16], und er tut das – und das ist auch gut und richtig so –, um Räume zu erhalten, in denen man auch weiterhin Rotwein trinken und unmännlich sein kann. Zumal müsste, um Gruppen oder Einheiten in der Form zu realisieren, wie sie der ALA vorschweben, also eine Arte stehendes Heer der Antifaschist*innen, die auf Abruf herbeieilen um das Viertel zu verteidigen, ein Grad der Organisation erreicht werden, der zum jetzigen Zeitpunkt noch in den Sternen steht. So ein Konzept wäre nur möglich, wenn es von einer größeren Bewegung getragen wird. Denn es müsste den Kämpfer*innen auf Abruf irgendwie ein Auskommen in dieser Gesellschaft gesichert werden, sonst wäre die permanente Bereitschaft zum Kampf neben den Zumutungen des Alltags vermutlich dermaßen aufreibend, dass sie alle ein Burnout erleiden würden. Das Konzept der ALA läuft beim derzeitigem Stand der Dinge also auf die völlige Selbstaufgabe für die Sache hinaus. Auch das passt zu ihrem Bild des starken Mannes.

Zum Plattformismus

An diesem Punkt möchten wir abschließend noch ein paar Sätze zum Plattformismus verlieren:

Wir begrüßen Initiativen für eine anarchistische Plattform. Diese müssen aber vorab ein Grundgerüst anarchistischer Theorie entwickeln, mit dem ideologisch Irrungen ausgeschlossen werden, ohne in ein dogmatisches Schema zu verfallen, wonach jedwedes Abweichen von der ausgegebenen Linie zum Verrat an der Sache wird. Sollte das einmal gelingen, werden sich vermutlich viele der inhaltlichen Widersprüche des Anarchismus bzw. der anarchistischen Bewegung produktiv auflösen lassen, bis dahin gilt: Doch, wir sind alle ganz schön verschieden. In dem was wir wollen und in dem was wird denken. Es gibt bisher keine Basis für eine solche Organisation, eine zu schaffen, wäre die zeitgemäße Aufgabe der Anarchist*innen um gesellschaftliche Umstrukturierungen vorantreiben zu können. Der Text „Organisationsplattform der Allgemeinen Anarchistischen Union“ von Machno, Arschinow und anderen beginnt (nach der Einleitung) nicht zufällig mit einer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Welchen Wert diese heute noch hat, schließlich entstand der Text 1926, wäre einer Prüfung zu unterziehen, die als Ausgangspunkt für die Erarbeitung der theoretischen Grundlage (oder um im Sprech zu bleiben, der ideologischen Einheit) dienen könnte. Die Prozesse, Wandlungen und historischen Veränderungen müssten in einer neuen Ausarbeitung berücksichtigt werden, auch neue theoretische Erkenntnisse (sicherlich nicht nur jene von Anarchist*innen, die haben in den letzten Jahrzehnten leider nicht viel neues zu sagen gehabt) müssten mit einbezogen werden. Der Antisemitismus, der die Triebkraft des Nationalsozialismus darstellte und ebenfalls wieder an Fahrt gewinnt – nicht nur bei Rechten – müsste mitbedacht werden. Dies alles, und sicher noch vieles mehr, müsste mit den klassischen anarchistischen Positionen in einem Reflexionsprozess zu einer Grundlage ausgearbeitet werden, von dem aus eine anarchistische Bewegung in ihrer Gesamtheit agieren könnte. Für die Frage der Taktik hingegen finden und fanden sich immer wieder brauchbare Ideen. Allen voran wäre da sicher der Syndikalismus zu nennen, wobei auch dieser sich der Tatsache stellen muss, dass es in den westlichen Ländern wesentlich weniger klassische Proletarier*innen gibt als zu seinen Hochzeiten. Zusätzlich wurden, auch in Folge der Globalisierung, viele Betriebe geschlossen, und/oder verlegt, sowie einzelne Arbeitsschritte outgesourct, was die Eingriffsmöglichkeiten syndikalistischer Methoden eingeschränkt hat. Es müsste (und das wird es ja bereits bei vielen syndikalistischen Gewerkschaften) nach neuen Formen des Arbeitskampfes gesucht werden, die es ermöglichen, auch die vereinzelten Arbeiter*innen in den neu entstandenen Branchen mit einzubinden. Der Syndikalismus ist deshalb an vorderster Stelle der Strategien zu nennen, da er direkt auf das ökonomische System zielt, während andere Formen, die in den letzten Jahrzehnten in die Praxis der Anarchist*innen einzogen, lediglich Symptome bekämpfen. Neue und andere Mittel und Fragen einer taktischen Orientierung lassen sich an dieser Stelle vorerst nicht benennen, da sie die gemeinsame Grundlage benötigen würden. Unzweifelhaft und von der ALA auch richtig beantwortet sind jedoch die Fragen der Disziplin. Zwar gehen sie in ihrem Urteil zu weit, wenn sie jede Dysfunktionalität anarchistischer Gruppen auf vermeintlich anarchistische Orthodoxie zurückführen, schließlich wird den Menschen in dieser Gesellschaft jede Menge abverlangt, funktionieren im Kapitalismus strengt Körper und Geist eben an. Es scheint oft schlicht und ergreifend ein Privileg von (meistens) Männern mit bildungsbürgerlichem Hintergrund zu sein, deren Eltern im Zweifelsfall mit der nötigen finanziellen Absicherung des Lebenslaufes aufwarten können, Zeit in die praktische Arbeit von politischen Gruppen investieren zu können. Trotzdem braucht es funktionierende und verbindliche Strukturen. Die Frage die es zu beantworten gilt ist also, wie diese aussehen und funktionieren können, ohne der Einzelnen neben Arbeit und den alltäglichen Zumutungen noch den letzten Nerv zu rauben, und ohne Machtpositionen für Männer zu schaffen, die schlicht und ergreifend mehr Zeit haben. Davon ausgehend ließe sich dann auch die Frage wie denn föderale Strukturen in welchem Ausmaß mit welchen Funktionen und Aufgaben usw. aufgebaut werden sollten beantworten. Doch auch an diesem Punkt sind wir noch lange nicht.

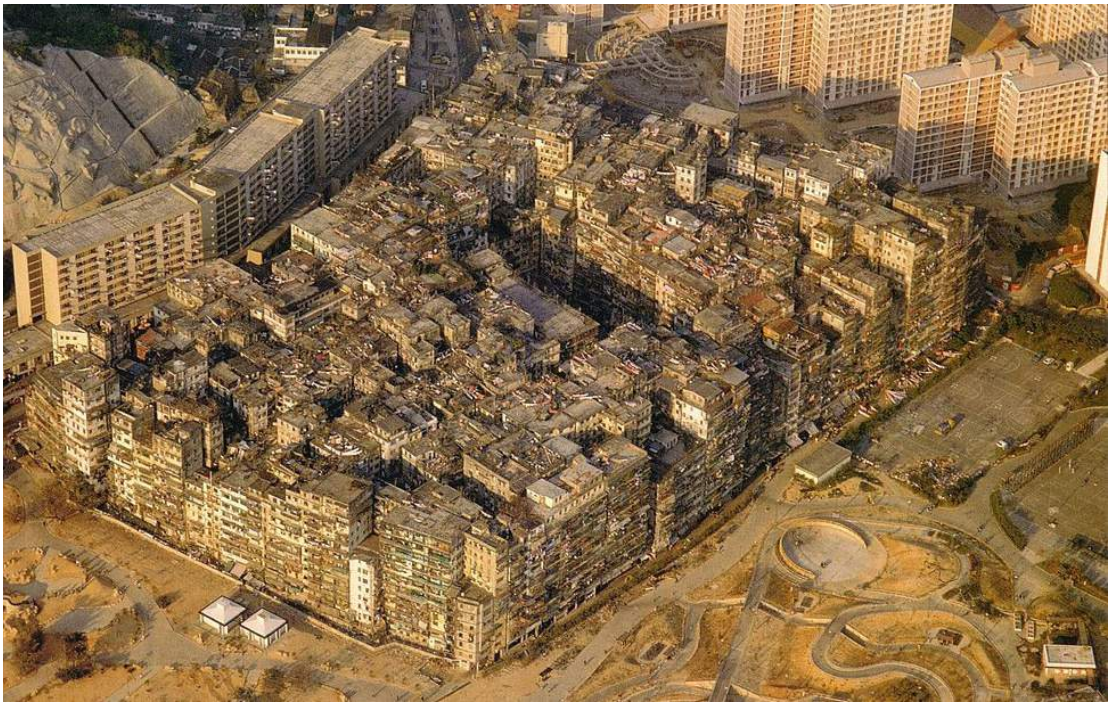
Betrachtet man den Ansatz der ALA, wird klar, dass sie es wie so viele vor ihr, genau andersherum angepackt und das Kind mit dem Bade ausgeschüttet hat. Schade.

Eingemauerte Anarchie – wie 35.000 Menschen ohne Staat lebten

★ *Von: Paul Pappkarton*

Einer der brutalsten und zugleich freiheitlichsten Orte des späten 20. Jahrhunderts entsprang einem ungenauen Satz in einem Vertrag. 1899 wollten die Briten auch die Kowloon-Halbinsel, nördlich der bereits kolonisierten Hong Kong-Insel, unter ihre Kolonial-Herrschaft stellen. Für den Kaiser Chinas war dies inakzeptabel: Sollte unter seiner Herrschaft eine Stadt vollständig verloren gehen, kam dies einer ernstzunehmenden spirituellen Schande gleich.

Nachdem britische Soldaten die Kowloon Walled City, ein chinesisches Fort auf der Halbinsel, angegriffen hatten, wurde notgedrungen ein überhasteter Vertrag geschlossen. Dieser enthielt die ungenaue Formulierung, dass das Fort zwar unter chinesischer Herrschaft bleiben solle, aber Staatsbedienstete sich dort nur aufhalten dürften, solange sie die Verteidigung des britischen Hong Kongs nicht beeinträchtigten. Die britische Verwaltung drängte weiterhin auf mehr Kontrolle über die Walled City. Kowloon galt als verruchter Ort, der im Gegensatz zum modernen Selbstverständnis der Briten stand. Es eskalierte schließlich und alle chinesischen Behörden mussten aus dem Fort abziehen. Möglicherweise aus Trotz wurden dennoch alle Versuche der Briten, Kontrolle über den Schandfleck ihrer gewünschten Modernität zu erlangen, von der chinesischen Regierung abgeblockt, denn rechtlich war es noch chinesisches Gebiet. Mit dem Schild der potenziellen diplomatischen Eskalation und dem Schwert einiger Krawalle konnten die Besetzer*innen und Bewohner*innen der Walled City ohne staatliche Kontrolle beginnen ihr Leben dort aufzubauen.



Das kühne Auge im Regierungssturm erregte die unterschiedlichsten Reaktionen. Alle, für die der Mensch nur des Menschen Wolf sein kann und der Staat sie in Zaum halten muss, hatten ärgste Befürchtungen vor Gewalt, Gefahr für Bewohner und Umgebung und egoistischer Kämpfe. Anarchie könne in ihren Augen nur Chaos sein. Sie sollten Recht behalten.

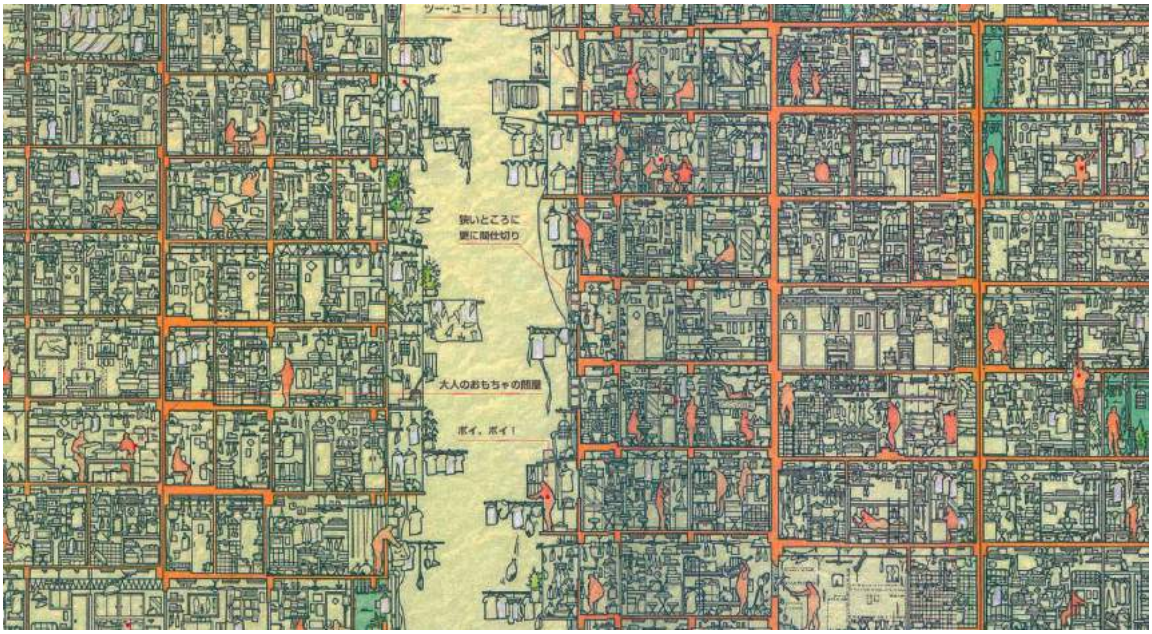
Die andere Seite, welche die Staatslosigkeit als Voraussetzung für ein freies Leben sieht, freute sich der sich darbietenden Möglichkeiten. Anarchie sei die befreite Gesellschaft. Auch sie sollten Recht behalten.

Unstrittig ist das Wachstum dieses staatsfreien Slums. Die Häuser in den 50er Jahren überstiegen selten zwei Stockwerke, hingegen erreichten in den 80er die meisten Häuser zehn bis zwölf, aufgehalten nur von den tief fliegenden Flugzeugen, die den nahen Kai Tak Airport ansteuerten. Der Bau der Häuser war nicht von einem Architekturbüro oder andere planerische Professionalität, sondern nur von Erfahrung geleitet. Gegenseite Hilfe verhinderte den Einsturz: Die Gebäude lehnten aneinander und stabilisierten sich so. Die Einwohnerzahl stieg von 10.000 auf 35.000. Auf den 130 auf 200 Metern, also knapp vier Fußballfeldern, entspricht das einer Bevölkerungsdichte von etwa 1,3 Millionen Menschen pro Quadratkilometer, was bis heute als unrühmlicher Weltrekord gehandelt wird. In Deutschland wohnen nirgendwo mehr als 20.000 Menschen pro Quadratkilometer.

Straßen gab es in der Walled City nicht. Die Fortbewegung war nur durch enge Gassen möglich, die nur selten Sonnenlicht von oben erreichte, und ständig feucht waren, weil Wasser aus den undichten Rohren tropfte. Neben den Gassen gab es auf verschiedenen Höhen noch Übergänge zwischen den Gebäuden. Kinder liefen gern auf den Dächern von einer Seite der Walled City zur anderen. Nur wenige

wagemutige Sprünge und etwas Geschick dem ganzen Müll auszuweichen, der wegen mangelnder Müllabfuhr auf den Dächern abgeladen wurde. waren dazu notwendig. Die Postboten mussten über drei Monate eingelernt werden, um sich im selbst gebauten Wirrwarr zurechtzufinden.

Es wurde schwer gearbeitet in den unzähligen Fabriken und Manufakturen. Ein Großteil der „fish balls“, einem Lieblingsgericht der Hong Konger*innen, wurde in der Walled City produziert. Viele Geflüchtete durften nur dort arbeiten, Ärzte und Quacksalber, die sich dafür hielten, brauchten keine Lizenzen. Es gab ja niemanden, der sie kontrollieren würde.



Die Biographien der dort lebenden Menschen ähneln sich: Von Armut und Flucht betroffene Menschen fanden ihren Weg in die Walled City auf der Suche nach Möglichkeiten und einen Platz zum Leben. Keine Steuern, ein niedriges Lohnniveau, fehlende Hygienestandards ermöglichten ein billiges Produzieren und führten rasch zu einem autonomen Wirtschaftswesen, das eine unübersichtliche Vielzahl an Produkten ausspie (darunter auch ein beachtlicher Anteil der Golfbälle weltweit).

Die ganze Organisation kam ohne eine zentrale Autorität aus. Solidarität wurde im Rahmen direkter Beziehungen gelebt. Voraussetzung dafür war ein Gemeinschaftsgefühl. Die Verachtung, die den Bewohner*innen der Walled City von Hong Kong entgegenschlug, schweißte zusammen und sie litten gemeinsam an ihrer Armut ohne dabei unglücklich zu sein. Aber Solidarität war kein politisches Projekt, wie es Anarchist*innen oft fordern.

Die Wirtschaft in der Walled City erinnert eher an einen Markt. Dort kamen Geschäftsbeziehungen und Eigentum gut ohne Rechtsstaat, Katasteramt, Polizei und staatliche Lesbarkeit der Menschen und ihren Beziehungen aus. Vertrauen reichte, man war ja Teil einer Community. Eigentum war eine soziale Praxis und kein Recht. Mit dem Wachstum änderte sich dies zunehmend. Als die britische Regierung in den 60er Jahren wieder einmal die Räumung der Walled City auf den Tagesplan schrieb, sammelten sich einige eher links eingestellte Bewohner und gründeten die „Kai Fong Association“. Ziel war es, geschlossen den Briten Einhalt zu gebieten. Natürlich war in der Hinterhand immer die Möglichkeit der diplomatischen Eskalation mit China.

Die Kai Fong wirkte darüber hinaus auch nach innen: Die Wasserversorgung wurde verbessert, Beleuchtung wurde installiert und der Verkauf und Kauf von Wohnungen wurde bezeugt. Pragmatisch wurde die Verbesserung der Infrastruktur mit den Urban Public Services (der städtischen Verwaltung und ihre Versorgungsdienste) der Regierung zusammen unternommen – aber die Kai Fong und die Anwohner hatten das letzte Wort. Der Bewohner Chain Pui Yin fasste seine Erfahrung mit der Walled City zu dieser Zeit als *„harmonious state of anarchy“* (harmonische Anarchie) zu-sammen.

Zunehmend ging auch das Gesundheitsamt in die Betriebe und klärte über Hygiene auf. Der einzige Service, den die Hong Konger Verwaltung erzwungen durchführte, war die Müllabfuhr. Dies geschah nicht aus gutem Willen, sondern aus Angst vor Seuchen und möglichen Bränden, welche die umliegenden Viertel betreffen könnte, zu verhindern.

In der Freiheit ist beides angelegt: Gegenseitige Hilfe und das eigene Wohlergehen auf Kosten anderer. Die Freunde der Staatlichkeit hatten auch Recht. In den 50er Jahren bestimmten Triaden, Zwangs-prostitution, Menschenhandel und Opiumhöhlen das Bild in den engen Gassen. Es wurden und werden die wildesten Gerüchte erzählt. Angeblich soll sich ein Tourist in der Walled City verirrt haben, der verschwunden und dessen Verbleib bis heute ungeklärt ist. Fakt ist, dass es ein brutaler Ort war. Morgens wurden die an einer Heroin-Überdosis Verstorbenen aus den dunklen Opiumhöhlen auf die engen Gassen geworfen, damit die Müllabfuhr sie entfernen konnte. Der Mangel an Trinkwasser ließ Geschäftstreibende Brunnen bohren und das Wasser teuer verkaufen. Oft waren das Spieler aus den Casinos Macaus, die den Haupthahn zudrehten, wenn sie sich verzockt hatten, und dann Geld für eine kaputte Pumpe von ihren Wasserabnehmer*innen verlangten, um ihre Spielschulden zu bezahlen. Als die Walled City 1992 abgerissen wurde, musste mit Bedacht vorgegangen werden, man hatte Angst, dass die dort unzähligen Ratten fliehen und in den benachbarten Stadtteilen niederlassen würden, so schlecht waren die hygienischen Verhältnisse dort. Manche Einwohner*innen

sprechen davon, dass sie von der Kriminalität und Gewalt nichts mitbekommen hätten, dass es vor allem die Besucher*innen von außen getroffen hätte. Andere hingegen ließen ihre Kinder nicht mehr alleine vor die Tür. Es war nicht die Kai Fong, die die Gewalt beendete. Stattdessen war es vor allem die wirtschaftliche Entwicklung: Mit der materiellen Besserstellung war zum einem der eigene Lebensunterhalt nicht auf die Arbeit für die Triaden angewiesen und zum anderen schwand die Sehnsucht nach Rausch und Betäubung. Die Hong Konger Polizei brüstet sich natürlich mit dem Austreiben der Kriminellen. Zum Teil stimmt es. Ab den 60er Jahren stürmte die Polizei einige Drogenhöhlen, aber in der Walled City gäbe es eigentlich genügend Verstecke um weiterzumachen. Außerdem wurde gemunkelt, dass die Triaden und Polizei zusammengearbeitet hätten und die „aufgedeckten" Etablissements ganz bewusst aufgegeben worden, damit der Druck auf die Polizei, für Recht und Ordnung zu sorgen, abnahm.

Heute schwanken die Erzählungen zwischen der „harmonischen Anarchie" und dem Ratten-verpesteten Ort der Gewalt, der es nicht einmal schaffte, ganz grundlegende Infrastruktur für sich zu schaffen und stattdessen Strom und Wasser von umliegenden Vierteln stehlen musste. Staatslosigkeit und Anarchie sind nicht dasselbe. Die Befreiung vom Staat macht eine Praxis der Freiheit möglich, aber nicht notwendig. Gerade Medien sehen nur die chaotische Staatslosigkeit. Anarchist*Innen treffen diese Unterscheidung auch nicht immer, aber in gegenteilige Richtung: Sie sehen nur die Anarchie und selten die Ambivalenz und das Nebelhafte einer plötzlichen Zerstörung. Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, zwei Postmarxisten, beschreiben in ihrem Buch *Hegemonie und radikale Demokratie* diese Taktik als Logik der Äquivalenz: Verschiedenes, was nicht gemeinsam handelt, spricht oder gedacht wird, wird gegen einen gemeinsamen Feind, in Stellung gebracht, umso politischen Druck zu erzeugen. Ähnliches macht der Anarchismus, der sich zu sehr auf seine Feindschaft gegenüber der Staatsherrschaft fixiert und das Soziale in Communities überhöht.

Statt sich auf den Aufstand und die Abschaffung zu verlassen und an das Gute zu glauben, ist es vermutlich gesünder, zehnmal am Tag das erste Gebot des Postanarchismus aufzusagen: Du sollst dich nicht mit der Abschaffung des Staates zufriedengeben, Staatlichkeit ist mehr als der Staat. Denn ich, die Anarchie, bin eine schüchterne Angelegenheit. Ich komme nicht von alleine, nicht durch die Befreiung, nur durch das richtige Tun.

Trotz des postanarchistischen Gebots lässt die Walled City auch Hoffnung zu. Ein Haufen Nicht-Anarchisten (vielleicht auch gerade deswegen) haben auf engsten Raum zusammengefunden und über mehrere Jahrzehnte einen selbstverwalteten Ort aufgebaut und erhalten. Schlussendlich hat der Staat und nicht eigene Fehler die größte Besetzung der Welt beendet. Es gibt diese plötzliche Akte der Kooperation, die bis zu einem Zusammenleben von 35.000 Menschen gehen können und den Keim für die Anarchie bilden. Um sie zu sehen, muss über Schwarz (Gut!) und Weiß (Schlecht!) hinweggegangen werden, und das Grau die Theorie leiten, sonst besteht die Gefahr, dass Fakten verdreht werden um die Theorie mit Sinn zu füllen.

Weiterführende Literatur:

Jackie Pullinger hat in ihrem Buch Crack in the Wall *ihre Arbeit als Seelsorgerin in der Walled City beschrieben. Ian Lambot und Greg Girard haben eine Fotoreportage mit vielen Interviews unter dem Titel* City of Darkness. *Revisited veröffentlicht. Der österreichische Rundfunk hat eine sehr negativ gehaltene Dokumentation mit dem Titel* Hong Kongs geheime Stadt – Ein Labyrinth für 50.000 Menschen *gedreht.*

Anzeige

Solidarität mit dem Widerstand vom 31. Mai 2017 in Nürnberg!

★ *Von: Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA)*

Am 31. Mai 2017 sollte in Nürnberg ein Berufsschüler nach Afghanistan abgeschoben werden. Zu diesem Zweck wollte die Polizei ihn vor den Augen seiner Mitschüler*innen direkt aus dem Klassenraum heraus abführen. Die wollten das jedoch nicht hinnehmen und reagierten mit hunderten anderen Menschen auf den Abschiebeversuch mit lautstarkem Protest und einer Blockade des Polizeiwagens, in dem der Schüler weggebracht werden sollte. Bei dem gewaltvollen Vorgehen der Polizei gegen die insgesamt rund 300 Abschiebegegner*innen kam es zu mehreren Verletzten und Festnahmen.

Im Nachgang dieser Ereignisse hat mittlerweile eine kaum mehr zu überblickende Anzahl von Menschen Post von der Polizei bekommen. Viele von ihnen müssen mit Anklagen und Prozessen rechnen; Leute aus anderen Städten haben bereits Strafbefehle im Zusammenhang mit dem 31.Mai bekommen. Und noch immer dauern die Ermittlungen an und die Liste der Beschuldigten, deren Engagement der Staat ganz offensichtlich hart abstrafen möchte, wird stetig länger. Auch die Bleibeperspektive des Berufsschülers, der abgeschoben werden sollte, ist weiter unklar. Ihm soll schon bald der Prozess gemacht werden – weil er sich dagegen gewehrt haben soll, in ein Bürgerkriegsland abge-schoben zu werden.

Ein Teilnehmer des Protests, der nach dem 31.Mai fünf Monate lang in Untersuchungshaft saß, wurde Ende Oktober in einem demütigenden Schauprozess zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung und 450 Sozialstunden verurteilt. Unter Zuhilfenahme des Strafgesetzbuchs-paragraphen 114 („tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamt*innen“), der ebenso wie der §113 StGB bezüglich Widerstands unlängst verschärft worden ist, versuchte das Gericht – wie die Politik zuvor – den Fokus auf die Kriminalisierung antirassistischen Protestes zu legen, anstatt sich mit den Gründen und Hintergründen für das Handeln der Demonstrant*innen auseinanderzusetzen. Die Frage, warum ein solcher Protest angesichts der rassistischen Abschiebepraxis notwendig ist, sollte gar nicht erst aufkommen.

Darin offenbart sich einmal mehr der kaum verhohlene Versuch, Widerstand gegen die Unmenschlichkeit der herrschenden Verhältnisse zu delegitimieren.

Wir, die Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), erklären uns solidarisch mit allen Geflüchteten, die ihr Leben auf der Flucht für eine bessere und sicherere Zukunft riskieren. Dabei solidarisieren wir uns auch mit allen Menschen, die sich rassistischer Abschiebepraxis in den Weg stellen und sich behördlichen Anordnungen widersetzen.

Besonders in Anbetracht des erstarkenden Rechtspopulismus in Politik und Gesellschaft werden regelmäßige Sammelabschiebungen in sogenannte „sichere Herkunftsländer“ vorgenommen, um eine „gute deutsche Ordnung“ wieder herzustellen. Dass dies für die abgeschobenen Menschen Verfolgung, Folter und Tod bedeutet, scheint kein Hindernis für die Behörden und Politik zu sein.

Hinzu kommt, dass die Gegner*innen deutscher Abschiebepolitik zunehmend Opfer von Kriminalisierung und Polizeigewalt werden. Gerade dieses positive Beispiel von solidarischem und wirksamem Protest, wenn er wie am 31.Mai derartige Resonanz und Solidarisierung hervorruft, darf aus Sicht des Staates nicht zum Vorbild für zukünftige Protesthandlungen werden. Dass die Repression auch so viele Monate nach dem 31.Mai unvermindert stark ist, zeigt die Dringlichkeit auf, mit der der Staat effektiven Widerstand – wie die Verhinderung von Abschiebungen – als unrechtmäßig darstellen will. Stattdessen soll Protest sich auf Kundgebungen oder ähnlich unwirksame Aktionen beschränken

Doch wir lassen legitimen, wichtigen Widerstand nicht in Repression untergehen. Daher rufen wir dazu auf, sich mit den Betroffenen nach dem 31. Mai 2017 zu solidarisieren. Unterstützt sie und die Arbeit des Bündnisses „Widerstand Mai31 – Solidarität ist kein Verbrechen“, egal ob finanziell oder in Form von eigenen Aktionen, Solidaritätsbekundungen oder vielfältigen anderen öffentlichkeitswirksamen Handlungen, um der Wut über die Versuche des Staates, unsere Mitstreiter*innen abzustrafen und zu unterdrücken, Ausdruck zu verleihen. Und lasst auch weiterhin nichts unversucht, um dem Rassismus in Staat und Gesellschaft auf allen Wegen entgegenzutreten!

Solidarität ist eine Waffe!

★★★

*Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA), 25.1.2018*

Unterstützung:

Spenden für die anfallenden Gerichtskosten sammelt das Bündnis
Widerstand Mai 31 – Solidarität ist kein Verbrechen*:*
*Empfänger*in: Rote Hilfe OG Nürnberg*
GLS Bank
IBAN: DE85430609674007238359
BIC: GENODEM1GLS
Kennwort: 31.Mai

"Verbindung, Verknüpfung, Versammlung"

Eine Rezension von Bini Adamczaks "Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman"

★ *Von: Gabriel Kuhn*

Am 21. Dezember 1919 lief aus einem New Yorker Hafen ein Schiff namens Bulford aus. An Bord befanden sich 249 anarchistischer Umtriebe angeklagter Personen, die in die USA eingewandert waren und nun mithilfe des 1903 erlassenen und 1918 ausgeweiteten Anarchist Exclusion Acts des Landes verwiesen wurden. Unter ihnen waren zwei der damals wie heute international bekanntesten Anarchist*innen: Emma Goldman und Alexander Berkman. Sie waren auf dem Weg zurück nach Russland, ein Land, das gerade eine Revolution von welthistorischer Bedeutung erlebt hatte. Sie erreichten es am 20. Januar 1920. Berkman sollte in seinem 1925 erschienenen Buch Der bolschewistische Mythos schreiben: „Es war der schönste Tag meines Lebens."

Diese Bemerkung ist der Ausgangspunkt für Bini Adamczaks Essay Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman. Vom möglichen Gelingen der Russischen Revolution. „Wie", so fragt die Autorin, „lässt sich diese Auskunft verstehen, wie erklärt sich das Glück, von dem sie handelt?" (S. 8)

Berkmans Begeisterung für die Russische Revolution war unter Anarchist*innen seiner Zeit keineswegs einzigartig. Sie wurde nicht nur von Goldman geteilt, sondern von vielen Anarchist*innen, auch in Russland. Philippe Kellermann hat dazu in seinem im Karl Dietz Verlag erschienenen Band Anarchismus und Russische Revolution wichtige Beiträge gesammelt. In der Zeitschrift Ne znam (Nr. 5 und 6) hat er zudem dokumentiert, wie die Debatte zur Russischen Revolution in Der Syndikalist, der Zeitschrift der anarchosyndikalistischen FAUD, geführt wurde. Erich Mühsam eröffnete seinen 1920 verfassten Erlebnisbericht zur Bayrischen Räterepublik, „Von Eisner bis Leviné", mit den Worten: „Zur Aufklärung an die Schöpfer der russischen Sowjetrepublik, zu Händen des Genossen Lenin."

Dies erinnert uns zunächst daran, dass viele Anarchist*innen jener Zeit in anderen linken Strömungen nicht primär Feinde sahen, sondern Genoss*innen, mit denen zusammen sie Kapitalismus und Staat zu überwinden gedachten, ungeachtet strategischer Differenzen. Auch wenn diese solidarische Einheit bald zu bröckeln begann – sowohl Goldman als auch Berkman, und mit ihnen Tausende von Anarchist*innen weltweit, zeigten sich nur ein knappes Jahr nach ihrer Ankunft vom Bolschewismus enttäuscht und desillusioniert –, verweist sie auf den gemeinsamen Traum, der der radikalen Linken bis 1917 zu eigen war, trotz der Spaltung der Ersten Internationalen 1872 und anderer Zwistigkeiten. Dies bestätigt auch die deutsche Geschichte. Erich Mühsam und Gustav Landauer arbeiteten nach Ende des Kaiserreichs in München eng mit Kommunist*innen und unabhängigen Sozialdemokrat*innen zusammen.

Dieser Sachverhalt erinnert uns auch an etwas, das bis heute vielleicht unterschätzt wird: Bei aller Kritik an und Distanzierung von der Sowjetunion blieb ein Teil des anarchistischen Traumes weiter an diese geknüpft. Genauer: an ihre Anfänge, das Verlangen der Massen nach einer freien und gerechten Welt, und vor allem an die plötzlich berechtigt erscheinende Hoffnung, dass eine solche möglich war. Mit dem ebenso raschen wie unerwarteten Zerfall der Sowjetunion 1989 taumelte auch der Anarchismus in eine Sinn- und Orientierungskrise, die er trotz aller Versuche individualistisch-neoliberaler Kompensierung bis heute nicht überwunden hat. Die anarchistische Freude über den Zusammenbruch eines allerspätestens seit der Spanischen Revolution ausgemachten Systemfeindes, den Staatssozialismus, war zweifelsohne genuin, unterschätzte aber die psychologischen Auswirkungen auf die eigene Bewegung. Den Ursprüngen dieses Paradoxons noch einmal auf die Spur zu gehen (möglicherweise unbewusst), gehört zu den Verdiensten von Adamczaks Buch.

Adamczak beweist, wie erfrischend es sein kann, wenn Menschen Kluges zum Anarchismus schreiben, die sich selbst nicht unbedingt als Anarchist*innen begreifen. Identitäre Eitelkeiten spielen dadurch keine Rolle. Hingegen können, sind grundlegende Sympathie und Respekt vorhanden, Entwürfe gelingen, die ausgewogen über historische Ereignisse reflektieren, die zu bedeutend sind, um sie zu Schauplätzen ideologischer Schlammschlachten verkommen zu lassen. Was Adamczak zu den Machnowtschina oder dem Kronstädter Aufstand zu sagen hat, gehört zu dem Besten, was es dazu im Deutschen zu lesen gibt.

Dem Scheitern der Russischen Revolution geht Adamczak unter be-

sonderer Berücksichtigung der Kriegssituation, der Landfrage und der Rätestrukturen nach. Als erfreuliche Begleiterscheinung lernen Leser*innen auch etwas über Kapitel der Revolution, die im deutschsprachigen Raum nicht sonderlich bekannt sind, etwa der Bürgerkrieg in Finnland (bis 1917 unter russischer Verwaltung) oder die temporäre Kontrolle der Stadt Samara durch eine nicht-bolschewistische Koalition, die versuchte, sozialdemokratische Maßnahmen durchzusetzen.

Manches mag Leser*innen, die mit Adamczaks Büchern Kommunismus. Kleine Geschichte wie alles anders wird (2004) und Gestern Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft (2007) vertraut sind, bekannt vorkommen. Auch diese Bücher waren „gegen beide gerichtet: Stalinismus wie Antikommunismus“. (S. 17) In dem vorliegenden Essay finden sich jedoch genug neue Schwerpunkte, Nuancen und Einfallswinkel, um ihn eine Fortsetzung und keine Wiederholung früherer Arbeiten sein zu lassen.

Von besonderer Bedeutung sind die Schlussfolgerungen Adamczaks, in denen sie noch einmal auf die solidarische Einheit der Linken zu sprechen kommt. Jemand wie ich, der felsenfest davon überzeugt ist, dass eine solche Einheit unsere einzige Chance darstellt, ist von Sätzen wie folgenden entzückt:
„Rückblickend zeigt sich die Dringlichkeit der Kritik an der zentralistischen Parteilinie, an der Diktatur der Minderheit. Wenn die institutionalisierte Teleologie der leninistischen Partei eine spiralförmige Bewegung war, die den Kreis der Partizipation immer weiter verengte, von tatsächlichen politischen Gegnerinnen über Bündnispartner und innerparteiliche Opposition, zu Fraktionen, Strömungen und Abweichungen, dann erhält retroaktiv jede Ausweitung dieses Kreises besonderes Gewicht: als Politik der Verbindung, der Verknüpfung, der Versammlung.“ (S. 133)

Leser*innen, denen diese Perspektive zusagt, sollten zu Adamczaks Buch greifen. Leser*innen, für die das nicht gilt, erst recht. Perspektiven können sich auch ändern.

Nachrichten aus den FdA-Gruppen

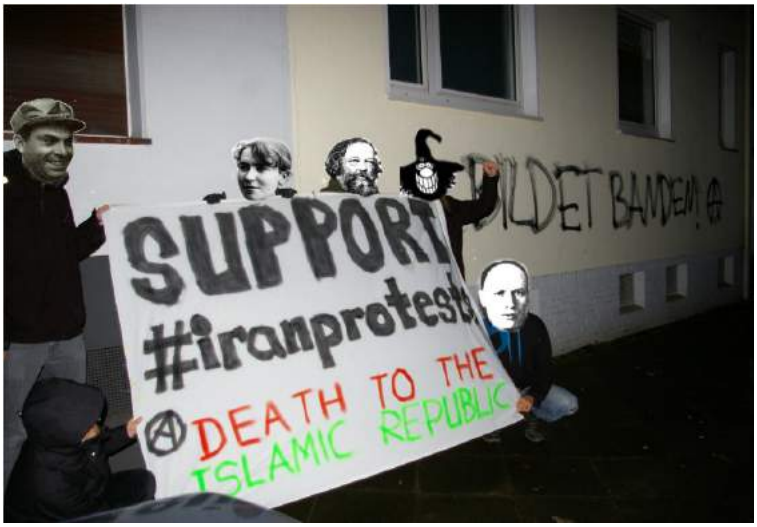
Berlin

Am 20. Januar führte das Anarchistische Kollektiv Glitzerkatapult eine kritisch-solidarische Aktion am Rande der großen “Wir haben es satt”-Demonstration (organisiert von Umwelt- und Tierschutzgruppen anlässlich der Landwirtschaftsmesse “Grüne Woche”) durch. Das Glitzerkatapult versuchte eine anarchistisch-tierbefreierische Position hinein zu tragen. Sie konnten über 1000 Flyer verteilen und mit Transpi und Megaphon, die durchaus interessierten Menschen, auf ihre Ideen aufmerksam machen.

★★★

Bochum

Ende Dezember beteiligte sich die Anarchistische Gruppe Dortmund an der Demo gegen G20-Repression



Die Schwarze Ruhr-Uni Bochum (SRUB) organisierte Ende Januar ein Anarchistisches Kennenlerntreffen auf dem Unigelände.

★★★

Dortmund

Am 10.12. fand in Dortmund-Westerfilde eine Anarchismus-Einführungsveranstaltung von der Anarchistischen Gruppe Dortmund (AGDo) statt. Dem vorausgegangen waren 2 Mobilisierungsaktionen im Viertel: Es wurden an unterschiedlichen Tagen deutlich über tausend Flyer verteilt, Menschen direkt auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht, sowie Plakate und Aufkleber hinterlassen. Ein großer Teil der Westerfilder Briefkästen wurde mit Flyern bestückt. Die Anarchismus-Einführungsveranstaltung selbst war leider nur von wenigen Interessierten besucht. Dafür entstand mit den Anwesenden ein intensiver und bereichernder Austausch. Die Aktionen in Westerfilde als Start der Anarchismus-Rundreise durch Dortmund war ein erster Versuch für die Gruppe, ihren Fokus auch stärker außerhalb ihrer angestammten Viertel zu setzen. Den ausführlichen Bericht kannst du auf der AGDo-Homepage nachlesen.

Die AGDo beteiligte sich an den Protesten gegen eine Nazikundgebung in der Dortmunder Innenstadt.

Am 17.12. organisierte die AGDo ein “Kennenlern-Café” für alle Amazonarbeiter*Innen aus Dortmund im Black Pigeon. Ziel war es, Kontakte zu knüpfen und die Zustände am Standort Dortmund kennenzulernen. Zwei Tage vorher, am 15. Dezember, wurde dazu von der AGDo direkt vor dem Amazon-Lager eingeladen. Hierfür wurden über 1.000 Flyer verteilt. Ein ausführlicheren Bericht zu den beiden Tagen kannst du auf der Homepage der Gruppe nachlesen.

In einer windigen Nacht Anfang Januar haben Leute der AGDo ein Solidaritätstransparent mit den Kämpfen im Iran an einer befahrenen Straße der Dortmunder Nordstadt aufgehängt.

Mitte Januar organisierte die AGDo ein anarchistisches Kennenlerntreffen. Das Diskussionsthema diesmal: "Drogen und Rausch – Wie stehen wir dazu?"

★★★

Dresden

Mitte Dezember organisierten die Schwarz-Roten Bergsteiger_innen einen Vernetzungsbrunch für alternative und antifaschistische Menschen in der Region Sächsische Schweiz Osterzgebirge.

Die Freie Arbeiter*innen-Union (FAU) Dresden bot allen interessierten eine Jahresabschlussfeier mit Jahresrückblick, Mitbringbuffet, Poetryslam, Bilderausstellung, Umsonsttisch und musikalischem Programm.

★★★

Freiburg

An der Demo „gegen die autoritäre Welle" beteiligten sich auch Leute der Anarchistischen Gruppe Freiburg (AGFR) sowie der Anarchistischen Initiative Ortenau. Die AGFR mobilisierte mit einem eigenen Aufruf und hielt eine Rede auf der Demo, zu der ca. 250 Personen kamen.

Anlässlich der Aufstände in vielen Städten im Iran organisierte die AGFR die Kundgebung „Solidarität mit den Aufständischen im Iran! Stoppt die Kooperation mit dem iranischen Regime!" Unter diesen Parolen versammelten sich ca. 40 Menschen, um ihre Unterstützung mit dem aktuellen Aufstand im Iran zu zeigen. Sie kritisierten die politische und ökonomische Kooperation mit dem iranischen Regime und forderten stattdessen die Unterstützung der oppositionellen Kräfte in Freiburgs Partnerstadt Isfahan.

Ende Januar organisierte die AGFR den Vortrag „Einführung in die kritische Theorie"

★★★

Frankfurt/Main

Die Gruppe Lila [F] – Anarchistische Gruppe Frankfurt schreibt: Wie in vielen anderen Städten auch haben wir an Silvester den Knast in Frankfurt besucht, um den Gefangenen zum Jahreswechsel unsere Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Mit lauter Musik, viel Feuerwerk und Redebeiträgen haben wir uns vor dem Knast in Preungesheim aufgestellt, um den dort Inhaftierten den Jahreswechsel ein klein wenig angenehmer zu machen. Den Betroffenen hat unsere Aktion offensichtlich gut gefallen, denn mit lautstarken Rufen und Geklimper wurden unsere Grüße hinter den Mauern freudig aufgenommen. Zu manchen der weiblichen Gefangenen gab es gegen Ende sogar Sicht- und Rufkontakt und so tanzten wir gemeinsam dem neuen Jahr entgegen.

★★★

Görlitz

Bei Siemens drohen weltweit aktuell 7000 Entlassungen, davon allein 960 in Görlitz, denn dort soll gleich das ganze Werk geschlossen werden. Bei Siemens sollen daneben in Görlitz bis zu 800 weitere Jobs auf der Abschussliste stehen. Aus diesem Anlass beteiligte sich die FAU Dresden Mitte Januar an der Demonstration der Arbeiter*innen in Görlitz unter dem Motto "Unterstützt Kolleg_innen bei Bombardier und Siemens in Görlitz!"

★★★

Kassel

Die Gruppe Aktion und Organisierung Kassel (A&O Kassel) befasste sich Mitte Dezember in ihrer Radio-A-Sendung neben lokaler Kämpfe mit dem Thema Zivile Seenotrettung und der aktuellen Lage im Mittelmeer.

A&O Kassel organisierte im Januar den Vortrag „Keine Macht für Niemand?! Linke Macht-Theorie und antiautoritäre Umgangsmöglichkeiten. Eine anarchistische Lesart der Hegemonietheorie."

★★★

Karlsruhe

Die Libertäre Gruppe Karlsruhe organisierte im Januar eine Solitheke. Der Erlös kam den von Repression gegen die FdA-Kampagne "Solidarische Perspektiven entwickeln – jenseits von Wahlen und Populismus" betroffenen Menschen zugute.

★★★

Köln

Im Dezember organisierten die beiden Gruppen "about:fem – anarcha-feministische Gruppe aus Köln" sowie das Anarchistische Kollektiv Köln (AKK) eine Veranstaltungsreihe mit insgesamt 6 Veranstaltungen zu den Aktionswochen gegen Antisemitismus.

Die Anarchistische Gruppe Dortmund hielt zusammen mit der nichtparlamentarischen "Alternativen Liste" an der Universität Köln den Diskussionsinput zum Thema "Parlamentswahlen – Ausdruck der Volkssouveränität oder Verschleierung unserer Ohnmacht?"

Das AKK organisierte im örtlichen lokalen Autonomen Zentrum eine "Good Night Ticket Control"-Kneipe mit Tombola. Die Kneipe griff die Notwendigkeit nach freier Fortbewegung für alle sowie diskriminierendes Verhalten von Kontrolleur*innen auf. Außerdem sollte ein Teil des Kneipengewinns Genoss*innen unterstützen, die Repressionen durch ticketloses Fahren zu tragen haben.

Das Anarchistische Forum Köln hat beim Offenen Treffen über „Liebe & Anarchie!?" diskutiert.

★★★

Leipzig

Die Anarcho-syndikalistische Jugend (ASJ) Leipzig beteiligte sich an den Protesten gegen die Innenministerkonferenz am 07.12.17

Beim 34. Kongress des Chaos Computer Clubs organisierte das IT-Kollektiv im Rahmen des Tech-Coops Assembly ein Meetup für alle, die in einem Tech-Kollektiv organisiert sind oder an dieser Organisationsform interessiert sind. Außerdem fand noch ein Treffen mit an unserem Netzwerk Interessierten statt.

★★★

Ludwigsburg

Nachdem am 19.10.17 die Veranstaltung zu Solidarischer Landwirtschaft (SoLaWi) vom Libertäre Bündnis Ludwigsburg – (LB)² organisiert worden ist, haben sich danach Interessierte zusammengefunden, die das Konzept Solidarische Landwirtschaft für Ludwigsburg umsetzen wollten. Anfang Dezember kam zum 1. Mal frisches Gemüse der SoLaWi Zabergäu zu uns. Interessierte Personen können auch weiterhin beim Konzept SoLaWi mitmachen.

Anfang Dezember veranstaltete (LB)² im Rahmen der FdA-Kampagne "Solidarische Perspektiven entwickeln" einen Workshop zum Thema "Meine Bedürfnisse, deine Strategien, unser Bedarf".

In Gedenken an Alexis, der am 06.12.2008 von der Polizei ermordet worden ist, gab es von Aktivist*innen von (LB)² eine Transpi-Aktion.

Ende Dezember feierte (LB)² den 10-jährigen Geburtstag der Gruppe. Ca. 40 geladene Gäste feierten mit.

★★★

Mannheim

Die Projektinitiative "Selbstorganisiert in Mannheim", in der auch die Anarchistische Gruppe Mannheim mitarbeitet, organisierte Mitte Januar einen Umsonstflohmarkt.

★★★

Nürnberg

Mitte Januar organisierte das Antirepressionsbündnis "Widerstand M31" (in welchem auch "Auf der Suche – anarchistische Gruppe Nürnberg" mitarbeitet) zwei Kundgebungen zu folgenden Anlässen: Am 11. Januar veröffentlichte nordbayern.de einen Fahndungsaufruf nach einer jungen Frau. Ihr wird vorgeworfen am 31. Mai 2017 an der Blockade gegen die Abschiebung des jungen Afghanen Asif N. eine 0,5 l Weichplastikflasche nach einem Polizisten geworfen zu haben. Motto der Kundgebung in der Nürnberger Innenstadt: "Der Ermittlungseifer des bayerischen Innenministeriums kennt keine Grenzen – unsere Solidarität erst recht nicht!" Zur zweiten Kundgebung bei der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) schreibt das Bündnis: Asif muss zur ZAB. Da er am 31. Mai bereits erleben musste, dass der Rechtsstaat nicht mal nach seinen eigenen Spielregeln spielt, wollen wir auf diese Behördenwillkür aufmerksam machen und Asif unsere Solidarität zeigen. Da es immer öfter zu willkürlichen Entscheidungen und sogar Verhaftungen bei Kontakt mit der Ausländerbehörde, dem Sozialamt oder Ähnlichem kommt, sehen wir eine generelle Notwendigkeit einer solidarischen Begleitung zu solchen Terminen. Verbunden damit ist die generelle Absage an ein Abschieberegime, das Menschen so massiv unter Druck setzt, dass bei jedem Behördenkontakt die Angst, abgeschoben zu werden, ständiger Begleiter ist.

★★★

Offenburg

Mitte Januar organisierte die Anarchistische Initiative Ortenau einen Diskussionsabend zum Thema Solidarität.

★★★

Prag

Die Kultursektion Cindycat der FAU Dresden unterstützt aktuell Künstler*innen, die auf der StartPoint Prize ausgestellt haben. Bei dieser Ausstellung werden jährlich die besten Abschlussarbeiten europäischer Kunstakademien in der Prager Nationalgalerie gezeigt. Aufgrund inakzeptabler Organisation und Arbeitsbedingungen auf der Ausstellung rasierte FAU-Unterstützerin Irène Mélix ihr Kunstwerk, eine behaarte Wand, aus Protest ab. Dem Protest schloss sich ein Großteil der Ausstellenden an und formulierte einen Protestbrief.

★★★

Rhein/Ruhr

Folgende Solidaritätsbotschaft inklusive Solidaritätsfoto veröffentlichte die Anarchistische Föderation Rhein-Ruhr: "Am 20. Januar hat die Türkei einen militärischen Angriff gegen Afrin (Rojava), unterstützt von Bodentruppen der Freien Syrischen Armee, gestartet. Wir erklären uns solidarisch mit den Menschen, die unter den Angriffen der türkischen Diktatur leiden und natürlich auch mit den kurdischen Selbstverteidigungskräften. Auf dass sie standhalten!"
Biji Afrin Biji Azadi Biji Anasi!
Einige Menschen von der Anarchistischen Föderation Rhein/Ruhr

★★★

Strasbourg

Zur Demo "Für die Schließung des Arcadia – Gegen Räume der extremen Rechten in unseren Vierteln" mobilisierten u. a. die anarchistischen Gruppen aus der Ortenau, aus Karlsruhe und Ludwigsburg. Einen ausführlichen Bericht zur Demo und den Ereignissen seit der Eröffnung des Nazilokals Arcardia in Strasbourg findet ihr auf der Homepage von nigra.

★★★

Stuttgart

Beim Infoabend zum Hambacher Forst im Stadtteilzentrum Gasparitsch konnten die Besucher*innen in anarchistischer Literatur des Libertären Bündnis Ludwigsburg schmökern.

★★★

Tübingen

Das Libertäre Bündnis Ludwigsburg war mit einem Büchertisch beim Hardcore-Winterfest im Epplehaus Tübingen präsent.

FdA hautnah

*Regelmäßige Termine von Gruppen der Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen*

BERLIN

Anarchistisches Kaffeekränzchen: Offener Stammtisch
4. Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Café Morgenrot, Kastanienallee 85, Prenzlauer Berg (U2 Eberswalder Str.)

Libertärer Podcast des Anarchistischen Radios Berlin
Jeden 1. des Monats mit einem ernsten und satirischen Rückblick des Vormonats. Daneben verschiedene Sendungen und Hinweise im Laufe des Monats. aradio.blogsport.de

BIELEFELD

Das ANARCHISTISCHE FORUM OWL trifft sich jeden Mittwoch ab 18 Uhr im FAU-LOKAL in der Metzer Str. 20 (Ecke Mühlenstr.) in Bielefeld. Hier diskutieren wir, planen gemeinsame Aktionen, führen Veranstaltungen durch+bereiten die Revolution vor.

ANARCHISTISCHE KLASSIKER*INNNEN: Jeden 2. Mittwoch im Monat stellen wir ab 19.30 Uhr im FAU-Lokal anarchistische Klassiker*innen und ihr Leben und Werk vor.

SCHWARZER FREITAG: Am letzten Freitag im Monat zeigen wir Filme, stellen Bücher vor oder präsentieren alternative Projekte aus Bielefeld und OWL

LIBERTÄRER LESEKREIS: Alle zwei Wochen lesen wir gemeinsam in Horst Stowassers Einführung in den Anarchismus, ab 19 Uhr im FAU-Lokal

KÜCHE FÜR ALLE: An jedem 1. Mittwoch im Monat ab 19.30 Uhr im FAU-Lokal

BONN

Offenes Treffen der ASJ Bonn
Jeden 1. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Netzladen, Breitestraße 74, Bonn

DORTMUND

Anarchistisches Buch- und Kulturzentrum – Black Pigeon
Scharnhorststraße 50, 44147 Dortmund
regelmäßige Öffnungszeiten Dienstag bis Freitag 13-19 Uhr

DRESDEN

Wanderungen der Schwarz-Roten Bergsteiger*innen
Auf Anfrage mit mind. 3 Wochen Vorlauf an: akfreizeit@riseup.net
Wanderungen, Übernachtungen, politisch-historische Führungen gegen Spende für lokale Projekte im Raum Dresden und Sächsische Schweiz

Gewerkschaftliche Beratung der FAU und BNG
jeden zweiten Dienstag (gerade Wochen) von 18:00 bis 20:00 Uhr
im FAU-Büro: Hausprojekt Mangelwirtschaft, Overbeckstraße 26
mehr Infos unter: dresden.fau.org

FRANKFURT am Main

BR(A)NCH – Veganer Brunch mit wechselndem Programm
ab 12 Uhr Brunch, 14 Uhr Programm (Vortrag o.ä., aktuelle Infos: lila.noblogs.org)
Jeden letzten Sonntag im Monat im Cafe ExZess, Leipziger Straße 91

FREIBURG

„Zum Kuckuck" – offenes anarchistisches Treffen
Jeden 4. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr
im Interym/Kyosk, Adlerstr. 2, 79098 Freiburg

Offene anarchistische Bibliothek
Jeden 1. + 3. Sonntag im Monat ab 17 Uhr im SUSI Café, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg

GÖTTINGEN

Anarcho-syndikalistische Jugend Göttingen
Halboffene Gruppe mit verschiedenen Schwerpunkten (aktuell: Arbeitskampf an Hochschulen, anarchistische Agitation und Freiräume)
Kennenlernen jeden letzten Sonntag im Monat, ab 15 Uhr im JuZI (Bürgerstr. 41 - Göttingen) beim anarchistischen Café Mailadresse: asjgoe@ungehorsam.ch

KARLSRUHE

Vegane Vokü
Jeden 3. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr
Viktoriastr. 12 (Hinterhaus), 76133 Karlsruhe

Anarchistisches Radio
Jeden 2. Sonntag 18-20 Uhr, Querfunk 104,8 MHz oder querfunk.de

KASSEL

Anarchistisches Info-Café
Jeden zweiten Sonntag des Monats, 15 bis 18 Uhr
Infoladen "...an der Halitstraße" (Holländische Str. 88, Kassel)

KÖLN

Offenes Anarchistisches Forum
Jeden 1. Freitag im Monat ab 19 Uhr
im Infoladen des Autonomen Zentrums (Luxemburger Str. 93, U18: Eifelwall)

LEIPZIG

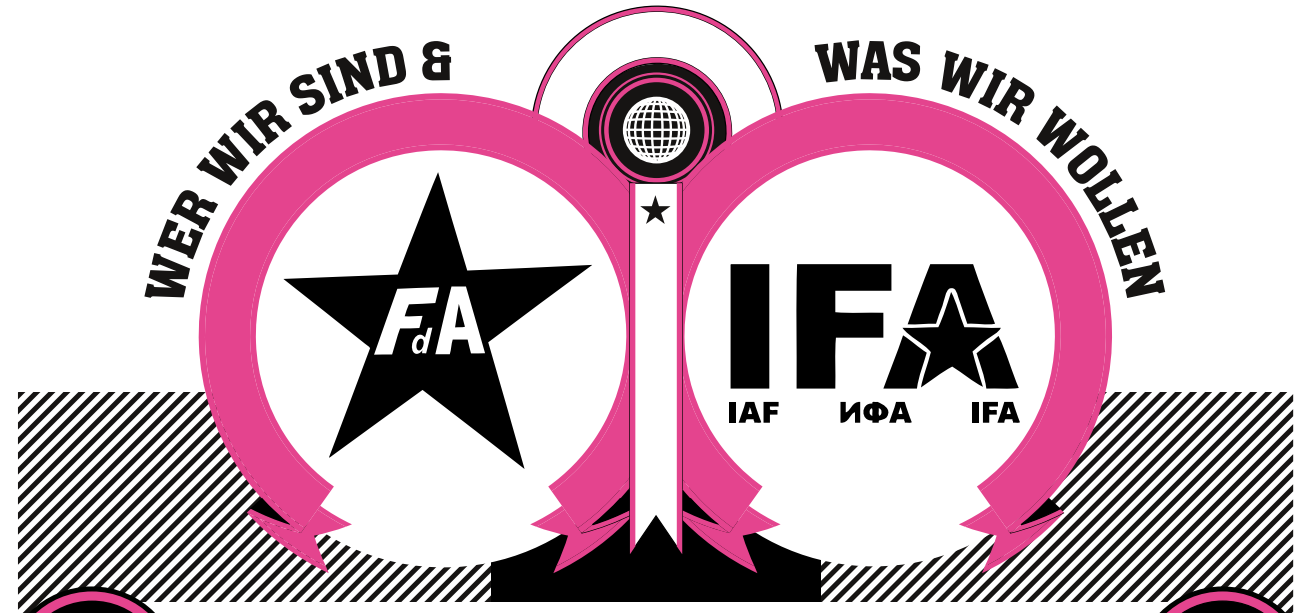
Offenes Plenum der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJL)
Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat ab 19:30 Uhr in der Gleiserei
Kontakt über asj-leipzig@riseup.net

ASJ VEKÜ (Vegane Küche)
Jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Atari (Kippenbergstr. 20, 04317 Leipzig)

TheorieAG der ASJL
Kontakt über Plenum, Vekü oder E-Mail

LUDWIGSBURG

Anka L – das monatliche Antifa-Café
des Libertären Bündnis Ludwigsburg (LB)² (mit Vokü)
Jeden 4. Mittwoch im Monat ab 19:30 Uhr im DemoZ, Wilhelmstr. 45/1, Ludwigsburg



FÖDERATION DEUTSCHSPRACHIGER ANARCHIST*INNEN [FDA-IFA]

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen und Staaten, ohne Klassen und Patriarchat, auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Diese Gesellschaft soll pluralistisch sein, damit unterschiedliche Lebensentwürfe und kollektive Grundordnungen gleichberechtigt – verbunden durch den Föderalismus – erprobt, gelebt und umgesetzt werden können. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

Die FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstverwirklichung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaft nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern.

KONTAKTE

Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen
Kontakt: fda-organisation@riseup.net
fda-ifa.org

Internationale der Anarchistischen Föderationen
Kontakt: secretariat@i-f-a.org
i-f-a.org

Berlin

Anarchistisches Radio Berlin
Kontakt: aradio-berlin@riseup.net
aradio.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Neukölln
Kontakt: agn-berlin@riseup.net
anarchistischegruppe.noblogs.org

Anarchistisches Kaffeekränzchen

Anarchistisches Kollektiv Glitzerkatapult
Kontakt: glitzerkatapult@riseup.net
glitzerkatapult.noblogs.org

F54-Siebdruckkollektiv Berlin
Kontakt: kiezladenf54bleibt@riseup.net

Dresden

AK Freizeit
Kontakt: akfreizeit@riseup.net
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

IK Dokumentation
dresden.fau.org/freizeit-und-soziales

Libertäre Aktion Frankfurt Oder
Kontakt: libertaere-aktion-frankfurt-oder@riseup.net
laffo.blogsport.eu

A4 Unplugged (Zürich)
Kontakt: info@a4druck.ch Ort: Koch Areal

Schwarz Lila Antifa (Thüsterberg)
Kontakt: mail-an-schwarzesbrett@web.de
schwarzesbrettleineweserbergland.wordpress.com

Anarchistische Föderation Rhein/Ruhr
Kontakt: afrr@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Dortmund
Kontakt: agdo@riseup.net
agdo.blogsport.eu

Anarchistische Gruppe Krefeld
Kontakt: agkrefeld@riseup.net
agkrefeld.blogsport.de

Anarchistische Gruppe östliche Ruhrgebiet
Kontakt: agoer@riseup.net
afrheinruhr.blogsport.de

Anarchistisches Kollektiv Köln
Kontakt: anarchokoeln@riseup.net
apjkoeln.blogsport.de

LilaLautstark queerfeministische Gruppe Dortmund
Kontakt: lilalautstark@riseup.net
lilalautstark.noblogs.org

about:fem anarcha-feministische Gruppe Köln
Kontakt: aboutfem@riseup.net
aboutfem.blogsport.de

Anarchistisches Forum Ostwestfalen-Lippe
Kontakt: afowl@riseup.net
afowl.noblogs.org

A & O Kassel
Kontakt: kassel_a@riseup.net
a-o-ks.org

LiLa [F] (anarchistische Gruppe Frankfurt)
Kontakt: lila-f@riseup.net
lila.noblogs.org

Anarchistisches Netzwerk Südwest*
Kontakt: info@a-netz.org
a-netz.org

Anarchistische Gruppe Freiburg
Kontakt: kontakt@ag-freiburg.org
ag-freiburg.org/cms

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: info@anarchie-mannheim.de
anarchie-mannheim.de

Anarchistische Initiative Kaiserslautern
Kontakt: aikl@riseup.net
aikl.blogsport.eu

Anarchistische Initiative Ortenau
Kontakt: a-ini-og@immerda.ch
aiog.noblogs.org

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: lb-hoch2@riseup.net
lbquadrat.org

Libertäre Gruppe Karlsruhe
Kontakt: lka@riseup.net
lka.tumblr.com

Nigra
Kontakt: nigra@riseup.net
nigra.noblogs.org

Auf der Suche (Nürnberg)
Kontakt: aufdersuche@riseup.net
aufdersuche.blogsport.de

Lava Muc - Anarchistische Assoziation (München)
Kontakt: lava-muc@riseup.net
lavamuc.noblogs.org

ASJ Bonn
Kontakt: asjbonn@riseup.net
asjbonn.blogsport.de

ASJ Göttingen
Kontakt: asjgoe@ungehorsam.ch
asjgoe.blogsport.de

ASJ Leipzig
Kontakt: asj-leipzig@riseup.net
asjl.blogsport.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
Kontakt: laydaran@immerda.ch
karakok.org

Assoziierte Projekte

Allgemeines Syndikat Dresden
Kontakt: faudd@fau.org
fau.org/ortsgruppen/dresden

Anarchistisches Forum Köln
Kontakt: a.f.koeln@riseup.net
anarchistischesforumkoeln.blogsport.de

IT-Kollektiv
Kontakt: info@it-kollektiv.com
it-kollektiv.com

Black Pigeon (Dortmund)
Kontakt: black-pigeon@riseup.net
blackpigeon.blogsport.eu

Schwarze Ruhr Uni Bochum
Kontakt: schwarze-ruhr-uni@riseup.net
schwarzerub.blogsport.de